

SPÖ

DISKUSSIONSPAPIER
ZUM NEUEN GRUNDSATZPROGRAMM





Inhalt

Vorbemerkungen	5
Unsere Grundwerte.....	19
Kapitel 1 Die Welt, in der wir leben, friedlicher und gerechter machen	23
Kapitel 2 Für ein soziales und gerechtes Europa	29
Kapitel 3 Wirtschaft für die Menschen.....	33
Kapitel 4 Für ein Recht auf gute Arbeit für alle.....	39
Kapitel 5 Für eine Gesellschaft, in der alle ihre Potenziale entfalten können.....	45
Kapitel 6 Für gerechte Klima- und Umweltpolitik	53
Kapitel 7 Für ein vielfältiges Zusammenleben	57
Veränderung möglich machen.....	65



NOTIZEN



Vorbemerkungen



- (1)** Die Welt steht nicht still. Sie ist in stetem Wandel, der sich beschleunigt und immer wieder in Phasen regelrechten politischen und gesellschaftlichen Umbruchs übergeht. Alte Analysen überleben sich und es braucht neue Antworten. Sozialdemokratische Parteiprogramme müssen in solchen Zeiten die geistige und visionäre Kraft entwickeln, die neue Wirklichkeit zu analysieren und Ziele für die Zukunft zu formulieren. Im Jahr 1978 verabschiedete die SPÖ Bruno Kreiskys ein Grundsatzprogramm inmitten einer beginnenden tiefen globalen Krise des Kapitalismus. Es warnte davor, dass „drohende Massenarbeitslosigkeit und die Grenzen herkömmlicher Wirtschaftspolitik von reaktionären Kräften dazu benützt werden, die Krise der kapitalistischen Wirtschaft als Krise des Staates darzustellen“. Damit drohe „wie in den dreißiger Jahren die Gefahr einer Schwächung der Demokratie“. Die Alternative dazu erkannte das Programm von 1978 in der „Reform der Entscheidungs- und Eigentumsverhältnisse“ in der Wirtschaft, in der Weiterentwicklung der „politischen Demokratie und des Wohlfahrtsstaats zur sozialen Demokratie“.
- (2)** Trotz Krise war der Zeitgeist noch von Optimismus geprägt. Heute, 40 Jahre später, hat sich tatsächlich vieles zum Besseren verändert. Weltweit konnte – vor allem durch den Aufholprozess der Schwellenländer – die absolute Armut deutlich reduziert werden. Die Medizin hat enorme Fortschritte gemacht – viele Krebserkrankungen können heute geheilt werden, eine HIV-Diagnose ist kein Todesurteil mehr. Die Lebenserwartung steigt in vielen Regionen der Welt und Milliarden Menschen leben heute freier und selbstbestimmter. Noch nie in der Geschichte hatten so viele Menschen Zugang zu Wissen und Information – das Regale füllende Lexikon hat ausgedient, Wikipedia, eine frei zugängliche Online-Enzyklopädie, zu der alle, die wollen, beitragen können, ist Teil unseres Alltags, und mehrere Milliarden Menschen haben mit dem Smartphone ein Instrument in der Jackentasche, mit dem sie Zugang zum Wissen der Welt haben.



- (3)** Das Ziel einer „sozialen Demokratie“, in der die Bürgerinnen und Bürger nicht nur am Wahltag eine Stimme haben, sondern die Geschicke des Gemeinwesens mitbestimmen, ist heute aber so unerreicht wie vor 40 Jahren. Die Sozialdemokratie war in den letzten Jahrzehnten in ganz Europa mit einem mehr oder weniger erfolgreichen Abwehrkampf gegen die neoliberale Demontage des Sozialstaats beschäftigt. Sie hat dabei an Zustimmung und Unterstützung verloren. Wir lernen aus diesen Fehlern, indem wir uns entschlossen für eine gerechte Gesellschaft einsetzen und für ambitionierte Ziele eintreten.
- (4)** Der optimistische Geist ist einem anderen Zeitgeist gewichen. Das Modell des Nachkriegskonsenses der sozialen Marktwirtschaft wurde und wird in den hochentwickelten Industriestaaten von einem postdemokratischen finanzmarktgetriebenen Kapitalismus verdrängt. An die Stelle der Teilhabe der arbeitenden Menschen an Wohlstand und an wirtschaftlicher und politischer Macht tritt eine Dynamik, in der sozialer Aufstieg erschwert und bestehende Privilegien verfestigt und ausgebaut werden.
- (5)** Diese Entwicklung trägt heute maßgeblich zu den großen Instabilitäten in der Wirtschaft bei, bringt Unsicherheit ins Leben der Menschen und gibt ihnen oft das Gefühl, ihre Geschicke nicht in den Händen zu haben, sondern Spielball globaler Kräfte zu sein, auf die sie keinen Einfluss haben. Gesellschaften zerreißt. Zu dieser neuen sozialen Frage kommt ein weitreichender Wandel unserer Lebens- und Arbeitsverhältnisse hinzu. Wir erleben eine atemberaubende technologische Veränderung unserer Wirtschaft und Gesellschaft, eine rasant wachsende Ungleichheit innerhalb der Nationalstaaten, Klimaerwärmung und Umweltzerstörung, Kriege und Migrationsbewegungen. All das erfordert klare Analysen und entschlossenes politisches Handeln. Wir wollen die Chancen, die der technologische Fortschritt bietet, nutzen und den Herausforderungen des gesellschaftlichen Wandels beherzt begegnen.

- (6) Wir müssen uns an die Spitze des Fortschritts stellen, und zwar so, dass wir Risiken in Möglichkeiten verwandeln.
- (7) An einer historischen Weggabelung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklung in der Welt, in Europa und in Österreich ist das neue Grundsatzprogramm der SPÖ daher Wegweiser und konkreter politischer Handlungsauftrag. Es entwickelt eine verwirklichtbare Vision unserer Gesellschaft, um die Demokratie zu verteidigen und auszubauen, die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Machtverhältnisse neu zu ordnen, die soziale Gleichheit und die Würde aller Menschen sowie das Vertrauen in die aktive Gestaltbarkeit – und Verbesserbarkeit – unserer Lebensverhältnisse (wieder) herzustellen.
- (8) Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen eine Gesellschaftsordnung, deren Ziel die freie Entfaltung des Einzelnen innerhalb der Gemeinschaft ist. Unsere Vision der sozialen Demokratie ist, die Klassengegensätze zu überwinden, alle Lebensbereiche mit Demokratie zu durchfluten und den Ertrag der gesellschaftlichen Arbeit gerecht zu verteilen.
- (9) Wir kämpfen für die Freiheit und Würde des Menschen, für die volle Gleichberechtigung, unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Alter, Behinderung und sexueller Orientierung, und für soziale Gerechtigkeit innerhalb der Gesellschaft. Wir wollen die Würde und den Wert des Menschen sicherstellen und ein Recht auf gute Arbeit gewährleisten.
- (10) Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten waren und sind die historische Freiheitsbewegung Österreichs. Wir haben Republik und Demokratie erkämpft und in jeder Phase unserer Geschichte mit ganzer Kraft verteidigt. Wir kämpfen bis heute gegen Unterdrückung und Gewaltherrschaft in der ganzen Welt und für die Wahrung und effektive Durchsetzung von Grund- und Freiheitsrechten und Pluralismus sowie für die weitere Modernisierung und Demokratisierung unseres Landes.
- (11) Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind überzeugt davon, dass unsere gesamten Lebensverhältnisse gestaltbar – also besserbar – sind. Der enormen wirtschaftlichen und politischen Macht einiger weniger wollen wir ein politisches Projekt der Vielen gegenüberstellen, das die Leidenschaft und das Herz jedes und jeder Einzelnen und das Wissen und die Kreativität aller mobilisiert.

Das erschütterte Wirtschaftssystem

- (12) In den letzten 40 Jahren hat sich das Wirtschaftssystem gewandelt. Eine Konzentration von Einkommen, Vermögen und Macht ging einher mit Privatisierung und Deregulierung von Dienstleistungs-, Güter- und Finanzmärkten, mit der Ausweitung der Verschuldung öffentlicher und privater Haushalte, der Schwächung von Gewerkschaften und der Entdemokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft. Die ökonomischen und sozialen Ungleichgewichte wachsen und machen die Weltwirtschaft krisenanfällig. Der große Finanzcrash 2008 war bisheriger Höhepunkt dieser krisenhaften Entwicklung. Aber das ist keine Entwicklung, die einfach so geschieht. Gesellschaftlicher Wandel und Machstreben greifen ineinander.



(13) Die Mächtigen wurden mächtiger. Privilegierte spielen ihre Macht aus. Mehr denn je entscheiden heute Eigentümer und Manager der großen Konzerne über Produktion, Investitionen und Arbeitsplätze. Mehr denn je lassen sie sich dabei nicht von langfristigen Planungen und vom gesellschaftlichen Nutzen ihrer Entscheidungen, sondern von Konkurrenzdruck und kurzfristigen Profiterwartungen leiten. Und mehr denn je maßen sie sich an, aufgrund ihrer wirtschaftlichen Macht direkt und indirekt Einfluss auf Politik und Gesetzgebung zu nehmen und damit nicht nur die wirtschaftliche Produktion, sondern auch die Spielregeln in Wirtschaft und Gesellschaft nach ihren Wünschen umzugestalten.

(14) Wir wollen zeigen, dass es Alternativen zu einer Wirtschaftsordnung gibt, die der Wettbewerbsfähigkeit alles unterordnet. Heute erfordert die Stabilisierung von Wirtschaft und Gesellschaft eine neue Verteilung von Reichtum und Macht und ein neues Selbstverständnis demokratischer Gemeinwesen. Die schon heute unbestrittene Rolle von Staaten für die Bereitstellung von wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Grundlagen für unternehmerische Erfolge muss sich auch in der Beteiligung der Gemeinschaft an diesen Erfolgen wiederfinden.

Die soziale Herausforderung – gute Arbeit für alle

(15) Die vielbeschworene „Leistungsgesellschaft“, in der Wohlfahrt für alle möglich ist, wurde in den letzten Jahrzehnten durch eine Gesellschaftsordnung ersetzt, in der bestehender Reichtum und Privilegien die Voraussetzung für sicheren Wohlstand sind. Eine ganze Generation junger Menschen erlebt heute als „Generation Praktikum“, dass Leistungsbereitschaft und Einsatzfreude nicht notwendigerweise honoriert werden. Hart arbeitende Menschen, die sich mit ihrem Arbeitseinkommen kaum über Wasser halten können und Einkommensverhältnisse, in denen jede schwerere Erkrankung in der Fa-

milie, jedes ausfallende technische Gerät, jede unerwartete Rechnung Familien in eine Krise stürzt, sind keine Einzelfälle. Wer erbt, gewinnt. Wer nicht erbt, hat keine Garantie, dass sich Fleiß und Leistung lohnen.

(16) Der Boden unter den Füßen vieler Menschen schwankt und wird brüchig. Die soziale Unsicherheit in unserer Gesellschaft berührt auch jene, deren soziale Lage eigentlich gut ist, die aber die Gefahren eines sozialen Abstiegs fürchten. Rechte Parteien versuchen aus dieser Verunsicherung Kapital zu schlagen, indem sie Fragen sozialer Ungleichheit vorrangig zu ethnischen Fragen oder zu Fragen nationaler Identitäten umzudeuten versuchen oder unterschiedliche Gesellschaftsschichten gegeneinander aufwiegeln.

(17) Die Sozialdemokratie muss heute dafür kämpfen, eine existenzsichernde, würdevolle Arbeit für alle zu garantieren.

Postdemokratie oder soziale Demokratie

(18) Angst gebiert autoritären Geist, schwindende Hoffnungen vergiften Gesellschaften von innen. Die soziale Spaltung unserer Gesellschaft, die einseitige Verteilung von Reichtum und dessen Missbrauch zur Ausübung politischer Macht stellen daher die Funktionstüchtigkeit der politischen Demokratie in Frage.

(19) Postdemokratie heißt, dass die Menschen nicht mehr an die Gestaltbarkeit der Gesellschaft glauben, dass sie soziale Ausgrenzung erfahren und passiv werden. Ein Zustand, der darüber hinaus die Gefahr birgt, dass autoritäre, antidemokratische Bewegungen mit ihren Parolen gegen „das System“ auf fruchtbaren Boden treffen. Sie missbrauchen den berechtigten Ärger vieler Menschen, um ihn gegen irrationale Feindbilder zu richten und für autoritäre Parolen zu mobilisieren.



Foto: Novotny

(20) Die Erfolge rechtspopulistischer und rechtsextrimer Parteien quer durch Europa in den letzten Jahren sind eine direkte Folge wachsender sozialer Ungleichheit in unserer Gesellschaft, ihrer undemokratischen Folgewirkungen und der sinkenden Zuversicht der Bürgerinnen und Bürger – Phänomene, die den Trend zur Entsolidarisierung verstärken.

(21) Eine funktionierende Demokratie setzt ein funktionstüchtiges Gemeinwesen voraus, in dem alle Menschen Sicherheit verspüren, aber auch die Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Nur wenn alle Menschen an unserer Gesellschaft teilhaben können, sind sie verlässliche Stützen eines demokratischen Systems. Wirtschaftliche, soziale und demokratiepolitische Fragen sind deshalb für uns untrennbar miteinander verbunden. Die Verteidigung der politischen Demokratie erfordert heute ihre Weiterentwicklung zur sozialen Demokratie.

Ausbruch aus Geschlechterrollen, die Frauen und Männer einschränken

(22) Gemeinsam mit der Frauenbewegung hat die Sozialdemokratie die Gleichberechtigung der Frauen erfolgreich vorangetrieben. Seit den 1970er-Jahren konnten die rechtliche Gleichstellung – vom Ehegesetz bis zu den Kollektivverträgen – durchgesetzt, und vom Gewaltschutzgesetz bis zum Gleichbehandlungsrecht viele neue rechtliche Instrumente geschaffen werden. All das hat einiges verändert: Frauen haben heute im Durchschnitt eine höhere Qualifikation als Männer und ihre Erwerbsbeteiligung ist in den letzten Jahrzehnten rasant gestiegen, viele Frauen haben also eine Berufslaufbahn. Frauen sind heute selbstverständlicher Teil des öffentlichen Lebens und der Politik. Viele Väter beteiligen sich an Haushalt und Kinderbetreuung.



(23) Aber es gibt immer noch eine Kultur, die Frauen klein hält, ihr Selbstbewusstsein untergräbt, die Respektlosigkeit für normal ansieht und ihnen viele unsichtbare Hürden in den Weg legt. Ökonomische Chancenungleichheit ist zugleich Folge und auch Ursache davon. Allen Fortschritten und der allmählichen Veränderung von Rollenbildern zum Trotz ist die Gleichstellung der Geschlechter noch lange nicht erreicht: Die Einkommensschere zwischen Männern und Frauen konnte bis heute nicht geschlossen werden, Haus- und Erziehungsarbeit wird noch überwiegend von Frauen geleistet. Frauen sind dadurch öfter und stärker von Altersarmut betroffen. Machtungleichgewichte und ein Statusgefälle zwischen den Geschlechtern sind mit ein Hauptgrund, warum physische und psychische Gewalt für einen großen Teil der weiblichen Bevölkerung furchtbare Realität ist. Dort etwa, wo alle Machtpositionen von Männern besetzt sind, sind auch sexuelle Übergriffe häufiger.

(24) Die tatsächliche gesellschaftliche Gleichstellung hat mit der rechtlichen Entwicklung nicht Schritt gehalten. Dem Anspruch vieler Männer, sich stärker in die Familienarbeit einbringen zu wollen, steht eine Arbeitsmarktentwicklung gegenüber, die für familienfreundliche Arbeitsbedingungen für Frauen und Männer wenig Spielraum eröffnet. Vor diesem Hintergrund – und verschärft durch das geschlechterspezifische Einkommensgefälle – bleiben traditionelle Rollenbilder auch dort oftmals bestehen, wo Eltern ganz andere Absichten verfolgen. Frauen mit Kindern werden gesellschaftlich aus existenzsichernder Erwerbsarbeit verdrängt – mit allen negativen Folgewirkungen für die soziale Absicherung, die Einkommensentwicklung, die Unabhängigkeit von Frauen, aber auch für viele private Beziehungen. Hier offenbart sich besonders stark, wie das Politische ins Privatere hineinwirkt.

(25) Gewiss: Der Fortschritt ist da, aber er ist auf halbem Weg stecken geblieben. Ein Widerspruch, den konservative Gruppen für eine verstärkte antifeministische Agitation benützen. Sie ma-

chen den Feminismus verächtlich und beklagen, dass Männer „umerzogen“ werden sollen. Sie beschwören die „gute alte Zeit“, in der das Modell des männlichen Alleinverdieners für vermeintliche Stabilität gesorgt habe und beklagen, dass der Feminismus diese Werte zersetze. Nicht selten wird die Wirklichkeit propagandistisch auf den Kopf gestellt. Da wird die Doppelbelastung der Frauen dem Feminismus zugeschrieben, dann wieder die angebliche „Ausbeutung“ von Männern und ihre vermeintliche Benachteiligung beklagt, etwa im Fall des Scheiterns von Partnerschaften oder gar eine Diskriminierung von Männern attestiert, wenn einmal nicht der Mann die Chefstelle bekommt. Wie auch in anderen gesellschaftspolitischen Bereichen kämpfen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten entschieden dagegen an, bestehende soziale Probleme durch rückwärtsgerichtete Erklärungsmuster zu verschleiern und gesellschaftliche Fortschritte zurückzudrehen, Frauenrechte zu beschneiden und Ungleichheit zu befördern. Aber ankämpfen heißt für uns: weitergehen. Antifeminismus kann man nur mit mehr Feminismus bekämpfen.

(26) Während die Bewusstseinsbildung über neue Rollenbilder durchaus Fortschritte macht und gleichzeitig dringend weiter vorangetrieben werden muss, sind es heute vor allem auch die sozialen und wirtschaftlichen Umstände, die Machtungleichheiten, die geschriebenen und die ungeschriebenen Regeln, die verändert werden müssen. Nur so kann nach der rechtlichen auch die soziale Gleichstellung der Geschlechter durchgesetzt werden. Nur durch die gezielte Verfolgung echter sozialer Gleichstellung kann Versuchen, „klassische Rollenbilder“ wieder zu popularisieren, wirkungsvoll begegnet werden. Die gleiche Verteilung bezahlter und unbezahlter Arbeitszeit zwischen den Geschlechtern nimmt dabei eine zentrale Stellung ein und hebt hervor, dass der Kampf um die Gleichstellung der Geschlechter auch ein Kampf um die gerechtere und gleichere Verteilung von Ressourcen zwischen Reichen und weniger Vermögenden ist.

(27) Gleichzeitig führen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten einen entschlossenen Kampf gegen unmittelbare und mittelbare Diskriminierungen und setzen sich für Einkommenstransparenz und die gleiche Vertretung von Männern und Frauen in politischen, sozialen und wirtschaftlichen Schlüsselstellungen ein. Frauenquoten sind auf diesem Weg ein notwendiges Mittel, um die faktisch gegebenen Männerquoten in diesen Bereichen aufzubrechen.

(28) Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten erkennen in feministischen Bewegungen und im Kampf zur Gleichstellung der Geschlechter einen Kampf im Interesse aller – Männer, Frauen und Kinder. Die Durchsetzung gleicher Einkommen und Lebenschancen für Frauen ermöglicht es gleichzeitig den Männern, vielfach gewünschte berufliche Freiräume zu gewinnen, um sich Kindern, Pflege- und Erziehungsarbeit zu widmen. Die alte Forderung der Frauenbewegung „Die Hälfte der Familien für die Männer“ ist untrennbar mit der Forderung „Die Hälfte der Einkommen für die Frauen“ verbunden. Profeministische Männerpolitik als Teil sozialdemokratischer Gleichstellungspolitik hat das Ziel, Männern wie Frauen durch eine neue Arbeitszeitpolitik und andere Maßnahmen eine gleiche Beteiligung am Erwerbs- wie am Familienleben zu ermöglichen. Nur dann, wenn alle Menschen ihre Ziele verwirklichen können, kann der Einzelne wirklich frei sein. Deswegen befreit der Kampf für neue Rollenmuster nicht nur Frauen, sondern auch Männer aus Rollenklischees.

Die ökologische Überlebensfrage

(29) Die Klimakatastrophe droht nicht – wir stecken mitten drin. Die ökologische Frage ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zentral und drängend, denn es geht um nicht weniger als um die Sicherung der Lebensgrundlagen der Menschheit. Die globale Klimaerwärmung und die damit verbundenen Klimaveränderungen sind längst keine Theorie, sondern

erlebbarer Realität. Sie zerstören schon heute weltweit die Lebensgrundlagen von Millionen von Menschen und beeinträchtigen die Lebensqualität hunderter Millionen weiterer. Auch in Österreich sind die konkreten Auswirkungen, etwa in der Landwirtschaft und im Tourismus, längst spürbar.

(30) Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten erkennen wir nicht nur die sozial ungleiche Verteilung der Belastungen, die durch Umweltzerstörung und den Klimawandel entstehen, sondern wir erachten auch die Veränderung wirtschaftlicher und sozialer Strukturen für die erfolgreiche Bekämpfung von Klima- und Umweltzerstörung als wesentlich. Denn eine grundlegende Umgestaltung unserer Produktions- und Lebensweise ist keine moralische Frage und nicht allein durch individuellen Verzicht erreichbar. Umweltzerstörung ist die Folge einer Wirtschaftsweise, in der quantitatives Wachstum, die Erzeugung von Konsumbedürfnissen und der Raubbau an Ressourcen die Grundlage kurzfristiger Profitmaximierung ist. Die nachhaltige Senkung von Treibhausgasemissionen setzt eine grundlegende Umgestaltung unserer Raumentwicklung voraus, von Verkehrsorganisation, Energieerzeugung und -verbrauch, aber auch eine Umgestaltung unserer Lebensmittelherzeugung im Sinne der Stärkung regionaler Produktions- und Verbrauchskreisläufe. Diese Aufgabe kann nicht den Märkten allein überlassen bleiben, sondern erfordert die bewusste, strategische Gestaltung durch Staaten und die Politik. Sichere und gesunde Nahrungsmittel, reine Luft und sauberes Trinkwasser sowie intakte Grün- und Erholungsräume sind für alle Menschen ein unabdingbares Grundbedürfnis. Wir sehen die an die Wurzel gehende Behandlung der ökologischen Herausforderungen als Teil einer umfassend zu beantwortenden sozialen Frage.



Foto: Mueseler

Vom technischen zum sozialen Fortschritt – aus Risiken Möglichkeiten machen

- (31)** So wie die Dampfmaschine das Zeitalter der Industrialisierung eingeläutet hat, hat in den vergangenen Jahrzehnten die rasante Weiterentwicklung der Computer- und Informationstechnologie die Wirtschaft grundlegend umgestaltet. Die Digitalisierung der Ökonomie ist keine abstrakte Zukunftsvision, sie ist längst Realität.
- (32)** So wie Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten vor mehr als 100 Jahren die Industrialisierung, Innovationen und die Weiterentwicklung der Produktivkräfte als notwendige Voraussetzung für die Überwindung einer Gesellschaft der Not und der Ausbeutung begrüßt haben, da sie Reichtum produzieren und die Menschen von mühseliger Plackerei befreien können, so sehen wir heute die großen Möglichkeiten einer digitalisierten und automatisierten Wirtschaft. Sie verändert die Art wie wir arbeiten, kommunizieren und unsere Freizeit gestalten und verlangt eine entsprechende Umgestaltung der Finanzierung des Wohlfahrtsstaats, des Arbeitsrechts und darüber hinaus.

- (33)** Viele ArbeitnehmerInnen nehmen die Veränderungen als Bedrohung wahr, als Erschütterung bekannter und vertrauter Abläufe und Routinen und als Angriff auf den Wert ihrer Arbeitsleistung und ihrer Würde am Arbeitsplatz.
- (34)** Aber wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten waren immer die zupackende Kraft der Modernisierung. Wir begreifen uns als Partei des Fortschritts und der Veränderung – im Dienste der Menschen. Wir begrüßen und unterstützen aus ganzer Kraft die Anwendung neuer Technologien, die den Menschen neue Möglichkeiten eröffnen und Arbeiten erleichtern, und wir wollen sicherstellen, dass der technologische dem sozialen Fortschritt und nicht in erster Linie den Profiten weniger dient.

Österreich in Europa – die EU vorwärts bringen

(35) Für unser Land – dieser positive Bezug zu Österreich nährt sich nicht aus einem plumpen Nationalismus, der sich über andere Länder und Menschen stellt und diese damit abwertet, sondern aus dem Bewusstsein, was ein starkes Gemeinwesen für Wohlstand, Solidarität und sozialen Zusammenhalt erreicht hat und erreichen kann. Das ist eine Art sozialer Patriotismus, der nicht gegen andere ist, sondern dafür, das eigene Land vorwärts zu bringen. Wer sein Land liebt, verbessert es. Wir sind selbstbewusste Österreicherinnen und Österreicher, weil Österreich ein Land mit einem starken Sozialstaat und einer großen Dichte an gemeinschaftlichem Engagement ist, ein Land der Tradition des sozialen Ausgleichs, ein Land der Solidarität und des sozialen Zusammenhalts; ein Land, in dem der wirtschaftliche Fortschritt immer auch mit der Steigerung des Wohlstands für alle verbunden war. Auf das, was gut funktioniert in unserem Land, können wir zurecht stolz sein – weil es das Resultat der Anstrengungen von vielen Männern und Frauen ist, die sich dafür engagiert und, etwa im Kampf um die Demokratie, sogar ihr Leben riskiert haben.

(36) Aber heute gibt es eine Vielzahl von politischen, sozialen und ökonomischen Problemen und Herausforderungen, von denen wir wissen, dass sie nicht alle in einem kleinen Land wie Österreich bewältigt werden können. Deshalb ist für uns ein gemeinsames Europa eine zentrale sozialdemokratische Idee.

(37) Heute ist dieses gemeinsame Europa in der Europäischen Union teilweise verwirklicht worden. Doch eine Welle des Nationalismus droht dieses Europa wieder zu zerstören. Die tieferen Ursachen für diese Bedrohung liegen in Konstruktions- und Entwicklungsfehlern der Europäischen Union: Durch die Überbetonung von freiem Kapital- oder Warenverkehr und den anderen einfachen Grundfreiheiten gegenüber sozialen Entwicklungszielen und ihrer radikalen

Durchsetzung. Durch eine fundamentalistische Kürzungspolitik und die dadurch bewirkten sozialen Verwerfungen, bricht Europa in den Augen vieler Bürgerinnen und Bürger das mit der europäischen Idee lange verbundene Wohlstandsversprechen.

(38) Gerade weil viele politische Veränderungen ihre Durchsetzung auf europäischer Ebene erfordern, kämpfen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten für eine grundlegende Veränderung Europas. Viele unserer Forderungen können und werden auf nationaler Ebene umgesetzt oder angestoßen. Nachhaltige Lösungen, von der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bis hin zur Herstellung von Steuergerechtigkeit setzen aber europäische Lösungen voraus. So wie sich unser positives Bild von Österreich nur durch die Schaffung einer Nation des Wohlstands, der Solidarität und der sozialen Gerechtigkeit entwickeln konnte, kann sich die Stabilisierung und positive Entwicklung der Europäischen Union nur durch konkrete Taten für ein Europa des Wohlstands, der Solidarität und der sozialen Gerechtigkeit durchsetzen lassen. Die Europäische Union wird nur dann wieder die volle Zustimmung aller Menschen zurückgewinnen können, wenn sie das Versprechen hält, Wohlstand für alle zu schaffen.

Solidarität in einer globalisierten Welt

(39) Das starke Wachstum einer zunehmend vernetzten Weltwirtschaft hat in den letzten Jahrzehnten viele aus bitterer Armut und Elend geführt. Aber nicht alle haben von der Globalisierung profitiert: so haben sowohl westliche Mittelschichten als auch die allerärmsten Einkommensgruppen, etwa in Afrika, kaum Verbesserungen erlebt. Zu letzterem tragen auch die Industrieländer bei, die durch ihre Agrar- und Handelspolitik Armut exportieren. Am meisten haben jene dazugewonnen, die ohnehin schon viel haben: das oberste Prozent. Die Globalisierung hat enorme Ungleichheit



Foto: Lehmann

produziert, sowohl innerhalb von Nationen als auch zwischen Staaten und ganzen Weltregionen. Und sie hat dazu beigetragen, dass wir die natürlichen Grenzen unseres Planeten in vielen Bereichen überdehnen und sprengen. Wir verstehen uns als Teil einer internationalistischen Bewegung und sind der Überzeugung, dass wir die globale Ungleichheit nur durch Kooperation und Koordination über Nationalstaaten hinweg bekämpfen können. So wie wir innerhalb des Nationalstaats gegen ein Menschenbild des „Jeder gegen Jeden“ eintreten, so können wir auch auf internationaler Ebene nicht akzeptieren, dass das Glück der einen auf dem Leid der anderen gründet. Denn ein System, das das Elend und die Chancenlosigkeit vieler anderer voraussetzt, wird nie nachhaltig oder fortschrittlich sein. Internationale Solidarität ist deshalb eine der Leitideen unseres politischen Handelns. Unser Ziel ist globaler Wohlstand, das heißt: ein ökologisch tragbares, menschenwürdiges und selbstbestimmtes Leben für alle.

Eine vielfältige Gesellschaft...

(40) Unsere Gesellschaft verändert sich rasant und umfassend. Österreich wird bunter und vielfältiger. Rund ein Fünftel der österreichischen Bevölkerung hat Migrationshintergrund. Die Zahl der älteren Menschen in Österreich wächst und wird in den nächsten Jahrzehnten weiter zunehmen. Gleichzeitig steigt die Zahl der Geburten in Österreich stark an. Immer mehr Menschen bekennen sich, trotz noch immer bestehender Diskriminierungen, zu ihrer Homosexualität. Immer mehr Menschen leben in Patchworkfamilien.



Foto: Zinner

(41) Das Gewohnte schwindet und das führt zu Konflikten über die kulturelle Identität unserer Gesellschaft, gelegentlich auch zur aggressiven Abwehr des Neuen. Migrantinnen und Migranten werden als Sündenböcke für soziale Fehlentwicklungen missbraucht. Offen lebende Homosexuelle, Alleinerzieherinnen und Patchworkfamilien werden als VerursacherInnen von als negativ oder irritierend empfundenen gesellschaftlichen Umwälzungen dargestellt.

(42) Wir verstehen, dass es auch zu Überforderungen kommen kann, wenn das Gewohnte dem Ungewohnten Platz macht, aber als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten lehnen wir Versuche der Spaltung unserer Gesellschaft ab, erst recht dann, wenn sie zu einem „Wir gegen sie“ eskalieren. Die großen sozialen Herausforderungen unserer Gesellschaft brauchen keine Sündenböcke, sondern grundlegende politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Veränderungen und neue Vorstellungen davon, was uns eigentlich zusammenhält. Denn uns leitet eine

Gewissheit: Auch wenn unsere Gesellschaften bunter und diverser werden, es verbindet uns mehr, als uns trennt.

(43) Mit dem Pensionsthema wird seit Jahren versucht, die ältere und die jüngere Generation gegeneinander auszuspielen. Doch haben sie in der Pensionsfrage ein völlig identisches soziales Interesse: Die gerechte Verteilung von Arbeit und Einkommen, die den Jüngeren Chancen am Arbeitsmarkt und den Älteren ihre hart erarbeitete Pension garantiert.

...braucht neue Allianzen

(44) Um als sozialdemokratische Bewegung wieder an alte Stärken anknüpfen zu können, müssen wir als Bewegung die Vielfalt unserer Gesellschaft abbilden. Die Sozialdemokratie war und ist die Partei der arbeitenden Menschen. Wir sind die Partei der klassischen IndustriearbeiterInnen, aber auch des neuen Dienstleistungs-



proletariats. Wir sind die Partei der kleinen Selbstständigen, der hart arbeitenden Angestellten, der kreativen Ein-Personen-UnternehmerInnen, der kleinen und mittleren Unternehmen. Wir sind die Partei aller Menschen, deren Arbeitseinsatz die Grundlage für den eigenen Lebensunterhalt ist.

(45) Die Sozialdemokratie ist immer schon ein Bündnis unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen und Milieus gewesen, die durch gemeinsame Ideale verbunden sind. Das machte uns zur Volkspartei im besten Sinne. Das sozialdemokratische Projekt besteht deshalb seit jeher darin, die gemeinsamen Interessen dieser Gruppen gegen die Interessen der wirtschaftlich und politisch Privilegierten, gegen die Macht des großen Geldes durchzusetzen. Wir kämpfen für die soziale Absicherung aller arbeitenden Menschen, für das Prinzip, dass sich Leistung und nicht Herkunft oder ererbtes Vermögen lohnen muss. Wir kämpfen für eine Wirtschaftsordnung, in der unternehmerische Initiative nicht Maximie-

rung von Konzernmacht bedeutet, sondern die das Austüfteln neuer Ideen und das Verbreiten innovativer Konzepte nach sich zieht. Das Ziel des Wirtschaftens ist die nachhaltige Sicherung unserer Lebensgrundlagen und nicht der Profit auf Kosten von Umweltzerstörung, sozialer Gleichheit und Menschenrechten.

(46) Diese Politik erfordert die grundlegende Infragestellung der bestehenden Reichtums- und Machtstrukturen, eine Neuverteilung von Einkommen und Vermögen sowie eine Demokratisierung der Wirtschaft. Eine solche Politik kann nur erfolgreich sein, wenn sie die Kraft und Solidarität der vielen gegen die enormen wirtschaftlichen und politischen Privilegien der wenigen mobilisiert. Die Sozialdemokratie erkennt die Vielfältigkeit unserer Gesellschaft an und sieht es als ihr Ziel, diese Vielfalt für ein gemeinsames politisches Projekt zusammenzuführen.



NOTIZEN



Unsere Grundwerte



FREIHEIT

(1) Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten treten unverrückbar für die Freiheit ein. Freiheit bedeutet Absage an jede Form der Diktatur und Autokratie sowie vielfältige Wahlmöglichkeiten und Selbstbestimmung der Menschen. Die Verwirklichung menschlicher Freiheit bedarf materieller und sozialer Voraussetzungen, nämlich der Freiheit von Not, Ausbeutung, Bevormundung, Diskriminierung und Unsicherheit. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist die freie Entwicklung jeder und jedes durch die Sicherung der Lebensgrundlagen die Voraussetzung für die Freiheit aller in der Gesellschaft. Eine Gesellschaft, in der nicht alle die Freiheit haben, aus ihrem Leben und ihren Talenten etwas zu machen, kann niemals wirklich eine freie Gesellschaft sein.

GLEICHHEIT

(2) Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten treten für die Gleichheit als Ausdruck der Gleichwertigkeit aller Menschen ein. Sie ist die Voraussetzung für die freie Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit. Gleichheit bedeutet nicht Uniformität und Gleichmacherei, sondern Absage an die Klassen- und Privilegiengesellschaft, an subtile Rangordnungen, die dazu führen, dass manche glauben, etwas Besseres zu sein und auf andere herabsehen; sowie an die Benachteiligung aufgrund von Geschlecht, Herkunft, Alter, Behinderung oder sexueller Orientierung. Freiheit und Gleichheit sind keine Gegensätze, sondern bedingen einander. Sie sind nicht Antipoden, sondern Zwillinge. Der erste Schritt zur Ungleichheit ist auch der erste Schritt zur Unfreiheit. Denn grobe Ungleichheiten haben freiheitseinschränkende Wirkungen und vergiften sogar die Demokratie. Nur politisch, gesellschaftlich, wirtschaftlich und sozial gleichberechtigte Menschen sind freie Menschen.



GERECHTIGKEIT

(3) Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten treten für das Prinzip der Gerechtigkeit ein.

Gerechtigkeit sichert die Würde der Menschen im Verhältnis zueinander durch die Verwirklichung gleicher Rechte und durch die Wahrung einer umfassenden Gleichheit der Chancen. Als soziale Gerechtigkeit sichert sie den Menschen ihren Anteil am gemeinsam erarbeiteten Wohlstand und darüber hinaus einen sozialen Ausgleich zwischen den verschiedenen Gruppen der Gesellschaft.

SOLIDARITÄT

(4) Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten treten für das Prinzip der Solidarität ein.

Solidarität bedeutet aktive Unterstützung für den Mitmenschen und Mitarbeit am Gemeinwohl. Solidarität nährt sich aus dem Wissen, dass wir alle miteinander verbunden sind. Erst das Verantwortungsbewusstsein gegenüber der Gemeinschaft, die Rücksichtnahme auf die Nächsten und die Hilfe für die Schwächeren schaffen jene Beziehungen zwischen den Menschen, die die Grundlage der sozialen Demokratie sind. Solidarität ist auch die stärkste Waffe im Kampf gegen Unterdrückung und Ungerechtigkeit. Als internationale Solidarität umfasst sie alle Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft.

(5) **Alle Grundwerte – Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität – sind gleichrangig.** Nur ihre gemeinsame Verwirklichung kann allen Menschen unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Nation, Klasse, Religion, Alter oder sexueller Orientierung ein erfülltes Leben in Frieden und Freiheit gewährleisten. Sie sind gewissermaßen die vier Polarsterne, denen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten immer folgen.

Demokratie

(6) **Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten treten unverrückbar für die Demokratie ein.** Wir lehnen jede Diktatur einer Minderheit ebenso ab wie eine, die die Verletzung von Minderheitsrechten durch die Mehrheit zulässt. Wir kämpfen gegen die Aushöhlung der Demokratie und gegen Beschränkungen auf formaldemokratische Abläufe, während wichtige Entscheidungen einer kleinen Elite vorbehalten bleiben.

(7) **Die sozialdemokratische Bewegung hat aus ihrer leidvollen Erfahrung gelernt, wie wichtig es ist, bereits den Anfängen des Faschismus zu wehren.** Sie wendet sich dabei aber nicht nur gegen Gruppen, die offen faschistisches Gedankengut vertreten, sondern auch gegen alle Versuche, demokratische Rechte abzubauen oder rechtsstaatliche Garantien aufzuheben.

(8) **Daher steht sie von ihren Grundwerten her auch im Gegensatz zu rechtskonservativen Bewegungen, die ihr gestörtes Verhältnis zur Demokratie durch kaum verhüllte Sympathien für autoritäre Regierungsformen, Diktaturen und rassistische Politik erkennen lassen.** Bedrohungen für Freiheit und Demokratie, wie sie auch von terroristischen Aktivitäten ausgehen, können nicht mit undemokratischen, autoritären Methoden bekämpft werden. Deshalb müssen Freiheit und Demokratie gegen alle Angriffe verteidigt werden.

(9) **Die Demokratie darf sich nicht nur auf die Gewährleistung freier Wahlen zwischen gleichberechtigten Parteien beschränken.** Sie beruht auf der freien Mitbestimmung aller. Daher muss das Prinzip der Demokratie in allen gesellschaftlichen Bereichen verwirklicht werden.



NOTIZEN



Kapitel 1

Die Welt, in der wir leben, friedlicher und gerechter machen.



(1) Österreichs Sozialdemokratie ist Teil einer weltweiten, internationalen Bewegung, deren Ziel Friede, Freiheit und ein menschenwürdiges Leben für alle ist. Gerade in Zeiten der Internationalisierung von Kapital, Märkten und Produktionsketten braucht es mehr denn je eine Vernetzung der von Ausbeutung und Ungleichheit Betroffenen, um gemeinsam und solidarisch den Kampf für eine gerechte Verteilung von Ressourcen, Gütern und Dienstleistungen zu organisieren. Und um für demokratische Mitbestimmung, Frieden und umfassende Sicherheit und den Schutz vor den zerstörerischen Folgen des Klimawandels einzutreten.

(2) Wir wollen eine Globalisierung, die allen Menschen nützt. Einer globalisierten Ökonomie steht eine nationalstaatlich organisierte Politik gegenüber, der die Instrumente für eine Politik für das Gemeinwohl teilweise abhandengekommen sind. Die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung können wir heute daher nur in einer intensivierten internationalen Zusam-

menarbeit gestalten, sowohl zwischen Staaten als auch innerhalb der Zivilgesellschaft, den Gewerkschaften und politischen Parteien. Was wir dafür brauchen sind internationale Kooperation, wechselseitige Solidarität und multilaterale Regeln, die für alle gelten.

(3) Wir kämpfen für fairen Handel. Freier Handel ist kein Selbstzweck. Wir sind davon überzeugt, dass auch der Handel Werten folgen muss, seien es Arbeits-, Sozial- und Gesundheitsstandards, Menschenrechte oder Umwelt- und Klimaschutz. Deshalb kämpfen wir für ein gerechtes Welthandelsregime mit klaren Regeln; für ein System, in dem nicht das Wettbewerbsdogma regiert, sondern in dem soziale und ökologische Ziele über nacktem Gewinnstreben stehen. Wir setzen uns für ein globales Regelwerk ein, in dem Schutzmechanismen für weniger entwickelte Regionen möglich sind und in dem Steuervermeidung und -hinterziehung verhindert werden. In einem ersten Schritt sind auf europäischer Ebene Menschenrechte,



die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und Umweltstandards in allen Handelsverträgen und für alle Unternehmen verbindlich zu verankern. In einem zweiten Schritt müssen diese Grundsätze global umgesetzt werden.

(4) Verbindliche Regeln für Konzerne. Der größte Teil des Welthandels findet heute innerhalb so genannter Wertschöpfungsketten statt. Innerhalb dieser globalen Netzwerke werden aus den ursprünglichen Rohstoffen über viele Zwischenschritte und -stationen fertige Verbrauchsgüter. Wir sind also täglich in das Netzwerk der Globalisierung eingewoben, etwa wenn wir Kleidung kaufen, unser Essen kochen oder elektronische Geräte anschaffen. Wie und was wir konsumieren steht daher in direktem Zusammenhang mit der Art und Weise, wie und wo diese Güter produziert werden. Die billigen Preise sind oft teuer erkaufte: die Kosten unserer Lebensweise, sprich die negativen Umweltfolgen und die schlimmsten Formen der Ausbeutung, werden an die Ränder der Weltwirtschaft ausgelagert. Diese Prozesse sind komplex und für KonsumentInnen kaum zu durchschauen – die Verantwortung kann und darf daher nicht an individuelle Kaufentscheidungen delegiert werden. Es braucht vielmehr verbindliche Regeln für Konzerne und ihre Zulieferfirmen.

(5) Mehr Fairness, weniger Probleme – eine gute Zukunft für alle. Wir setzen uns für eine Internationalisierung des Sozialstaatprinzips als notwendiges Gegenstück zur Internationalisierung der Märkte ein. Die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen entwickeln einen umfassenderen Begriff von gesellschaftlichem Fortschritt, der weit über simple Kennzahlen wie Wirtschaftswachstum hinausgeht. Und sie stellen den Anspruch auf universelle Gültigkeit – sie sind somit keine bloße Fortsetzung von Zielsetzungen für den globalen Süden, sondern gelten auch für die Länder des Nordens. Auch Österreich hat sich zur Erreichung der Ziele bis 2030 verpflichtet und muss auf nationaler Ebene ei-

nen Politikwechsel einleiten. Diese Ziele sind ein Zeichen der Hoffnung und eine wichtige Vision einer notwendigen sozial-ökologischen Transformation. Wir unterstützen sie ausdrücklich und treten, parallel dazu, weiter dafür ein, dass Österreich seine Entwicklungszusammenarbeit mit den notwendigen Mitteln ausstattet.

(6) Konflikte lösen und Frieden sichern. Von Willy Brandt stammt der berühmte Satz: Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts. Krisen sind Ausdruck und Folge von politischen und wirtschaftlichen Widersprüchen, die oft jahrzehntelang verdeckt und nicht gelöst wurden. Sie sind, wie nicht zuletzt das Beispiel Syriens zeigt, weder von heute auf morgen entstanden, noch sind ihre Gründe auf vereinzelte Faktoren, wie etwa religiöse Zugehörigkeiten, zurückzuführen. Sie sind vielmehr Teil immer stärker zusammenhängender Krisenlandschaften, die sich nach und nach aufbauen. Genau deswegen kann und muss Eskalationsspiralen auch frühzeitig entgegengewirkt werden. Eine sozialdemokratische Antwort kann nur lauten: Wir brauchen ein internationales System, das eine Strategie der aktiven Konfliktprävention verfolgt und alle beteiligten Staaten und AkteurInnen miteinbezieht. Wir brauchen eine kollektive Friedenssicherung im Rahmen der Vereinten Nationen. Dies beinhaltet auch eine Reform des UN-Sicherheitsrates, eine deutliche Aufstockung der Beiträge sowie die grundsätzliche Weiterentwicklung der UNO, in der auch die nationalen Parlamente eine stärkere Rolle spielen.



- (7) Wir sind der festen Überzeugung, dass Krisen und Konflikte nur politisch gelöst werden können – umfassender Frieden kann nicht mit militärischen Mitteln erreicht werden.** Solange die Ursachen wie Unterdrückung von Minderheiten, Ungleichheit, Staatsversagen, Armut, Konkurrenz um Ressourcen etc. nicht beseitigt werden, wird Frieden nicht dauerhaft bestehen. Krisen und Krieg sind nicht unausweichlich; es müssen aber die konkreten Voraussetzungen und Handlungsalternativen geschaffen werden, um Eskalationen rechtzeitig verhindern zu können.
- (8) Heute ist es dringender denn je, uns auf die zivilisatorischen Errungenschaften des internationalen Völkerrechts zu besinnen und diese**

weiter zu stärken, Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik wiederzubeleben, die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit der Vereinten Nationen weiterzuentwickeln und sie zu einem Forum für internationale Konsensbildung zu machen. Das Ziel unserer internationalen Politik ist eine Welt, in der die Menschen in Frieden, Freiheit und Würde leben. Jede Nation hat das Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung. Es gibt keine nationale Sicherheit ohne europäische Sicherheit – und es gibt keine europäische Sicherheit ohne globale Sicherheit. Das Vorbeugen von Krisen, die Gewährleistung von individueller Sicherheit und die Schaffung eines stabilen Umfeldes sind zentrale Anliegen. Die Sozialdemokratie hat neben einem hand-



lungsfähigen System der kollektiven Sicherheit unter dem Primat der Vereinten Nationen vitales Interesse an einer effektiven gemeinsamen Sicherheitspolitik der EU. Internationale Friedenseinsätze und eine kohärente Außen- und Entwicklungspolitik, die unsere Interessen mit den Lebensinteressen anderer verbindet, sind in diesem Kontext wesentliche Schlüssel zu Stabilität und Frieden auf der Welt. Dies gilt umso mehr, als die Zukunft der transatlantischen Beziehungen ungewiss ist.

(9) Die Neutralität stärken, nicht untergraben.

Die Neutralität ist zentral für eine eigenständige sicherheits- und friedenspolitische Identität Österreichs. Diese ist eingebettet in ein

solidarisches europäisches Gesamtgefüge. Als neutrales Land, das keinen militärischen Bündnisinteressen verpflichtet ist, kann Österreich in Konflikten als glaubwürdiger Vermittler und „Brückenbauer“ auftreten. Österreich hat darin eine jahrzehntelange Reputation und unser Land täte gut daran, diese stärker in die Waagschale zu werfen. Wichtige Voraussetzung für die erfolgreiche Erfüllung dieser Rolle ist das Wissen um Hintergründe und Zusammenhänge – progressive Friedens- und Konfliktforschung ist hierfür unerlässlich und muss weiter ausgebaut werden.



NOTIZEN



Kapitel 2

Für ein soziales und gerechtes Europa.



(1) 511 Millionen Menschen, ein Kontinent. Für diese Menschen, für deren Hoffnungen und Träume wollen wir eine neue europäische Politik gestalten. Eine Politik, die das friedliche und demokratische Zusammenleben auf unserem Kontinent sichert.

(2) Eine Europäische Union des Fortschritts und des Wohlstands für alle. Wir sind davon überzeugt, dass nur eine Gemeinschaft in Europa in der Lage ist, für Wohlstand der breiten Bevölkerung und sozialen und ökologischen Fortschritt zu sorgen. Europas Politik muss einer wohlstandsorientierten Wirtschaftspolitik verpflichtet sein, in der Lebensqualität, Beschäftigung, gerecht verteilter materieller Wohlstand und eine intakte Umwelt im Zentrum stehen. Eine Senkung von Löhnen und Sozialstandards im Geiste einer radikalisierten Standortkonkurrenz („jeder gegen jeden“) ist der falsche Weg. Es ist ein Weg, an dessen Ende alle ärmer sein werden. Wir wollen klare Regeln, höhere Löhne, gerechte Steuern und zielgerichtete Investitio-

nen, von denen vor allem auch die Länder im Süden und Osten Europas profitieren können. Nur wenn das Wohlstandsniveau in Europa als Ganzes gehoben wird, kann die EU ihre volle Kraft entwickeln.

(3) Die Europäische Union vorwärts bringen. Die Sozialdemokratie steht für ein Europa, in dem soziale Grundrechte zumindest gleichrangig mit den Marktfreiheiten des Binnenmarktes abgesichert sind, in dem kollektivvertraglich oder staatlich festgelegte (Mindest-)Löhne und Arbeitsschutzstandards durch die EU gesichert und geschützt und in dem effektive Maßnahmen gegen Steuerbetrug ergriffen werden. Nur ein starkes europäisches soziales Netz kann auf Dauer die Beteiligung der ArbeitnehmerInnen am Wohlstand der Gesellschaft sichern. Dazu braucht es auch eine Einbindung der Sozialpartner in die politische Gestaltung Europas.



- (4) Kooperation muss der Fokus einer neuen europäischen Politik sein.** Europas Stärke liegt im sozialdemokratischen Modell des Sozialstaats. Wir sind fest entschlossen, dieses Modell nicht bloß zu verteidigen, sondern in Europa auszubauen. Die offenen Grenzen innerhalb Europas sollen ArbeitnehmerInnen Chancen eröffnen und nicht Sozial- und Lohndumping befeuern. Wir wollen Steuerschlupflöcher schließen und die Standards gemeinsam für alle MitbürgerInnen heben und sichern. Wir wollen und dürfen nicht in einen Wettbewerb um niedrigste Löhne und niedrigste Produktstandards eintreten. Vielmehr wollen wir europäische Produkte, die mit Qualität, Nachhaltigkeit, Sicherheit und Innovation punkten. Dafür braucht es auch eine Umsetzung des Bestbieterprinzips in der EU.
- (5) Wir wollen eine Steuerpolitik innerhalb der EU, die dem gemeinsamen Wirtschaftsraum gerecht wird.** Wir brauchen ein Europa, in dem gemeinsam der Steuerhinterziehung großer Konzerne Einhalt geboten wird und es keinen Steuerwettbewerb nach unten gibt, sondern harmonisierte Unternehmenssteuersätze. Wir setzen uns weiterhin für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer ein.
- (6) Wir sehen die Notwendigkeit von Investitionen in die soziale Infrastruktur, in Kinderbetreuung, Pflege, Gesundheit und Bildungseinrichtungen in Europa.** Sie weisen eine hohe Beschäftigungswirkung auf und machen Europa zu einem besonders lebenswerten Raum.
- (7) Die Europäische Union muss die universellen Werte Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit mit Festigkeit vertreten.** Um glaubwürdig zu sein, muss auch sie selbst diese Werte ausnahmslos beachten – sowohl innerhalb ihrer Mitgliedsstaaten als auch als globale Akteurin. Das gilt nicht nur für die politischen VertreterInnen der EU, sondern auch für europäische Unternehmen. Nachhaltiges Wirtschaften, das Respektieren der natürlichen Grenzen des Planeten und ein Ende von Ausbeutung und gesetzloser Aneignung von Ressourcen muss die Außenwirtschaft der Union leiten. Der EU Außenhandel muss zu einer weltweiten Stärkung und Hebung der demokratischen, rechtsstaatlichen, sozialen, gewerkschaftlichen, ökologischen und verbraucherrechtlichen Standards führen.
- (8) Europa demokratischer machen.** Die momentane Architektur der europäischen Entscheidungsprozesse erschwert echte Reformen. Seit Ausbruch der Finanzkrise mussten innerhalb der EU brennende aktuelle Probleme gelöst werden, langfristige und grundlegende Veränderungen die über den Tag hinausgehen, sind aber zu oft gescheitert. Um Europas Politik weiterzubringen, braucht es eine europäische Perspektive - keine nationalstaatliche - und PolitikerInnen, die sich den WählerInnen auch auf europäischer Ebene verpflichtet fühlen und für Entscheidungen auf europäischer Ebene verantwortlich gemacht werden können. Die Union soll jene Aspekte regeln, die am besten auf europäischer Ebene gelöst werden können und die übrigen Aufgaben den Staaten überlassen.
- (9) Die Sozialdemokratie ist davon überzeugt, dass die Europäische Gemeinschaft, basierend auf Solidarität und dem Bekenntnis zu Demokratie und Menschenrechten, der richtige Weg ist, um gerechten Wohlstand zu sichern.** Wir wollen Europa mit der Hoffnung auf eine gute Zukunft verbinden. Wir wollen einen Raum schaffen, der Menschen Chancen eröffnet, allen gleiche Rechte garantiert, für sichere Arbeitsplätze und soziale Sicherheit sorgt. Wir wollen ein soziales Europa, das nicht aus Bilanzen besteht, sondern aus Menschen, ein gerechtes Europa, das das Versprechen nach mehr Wohlstand einlöst und ein starkes Europa, in dem es für uns alle gemeinsam aufwärts geht.



NOTIZEN



Kapitel 3

Wirtschaft für die Menschen.



(1) Wirtschaftsprozesse sollen demokratisch, solidarisch und umweltschonend gestaltet sein. Im Mittelpunkt jeglichen wirtschaftlichen Handelns steht für die Sozialdemokratie der Mensch.

(2) Unser Ziel ist ein gutes Leben für alle. Wirtschaftswachstum bildet die materielle Grundlage für Wohlstand und ist damit wichtig, aber nicht hinreichend, um eine hohe Lebensqualität zu ermöglichen. Deshalb wollen wir den Erfolg unserer Politik auch stärker an jenen Indikatoren messen, die mehr über die erreichte Lebensqualität aussagen, wie etwa soziale Teilhabe, ökologische Aspekte oder Gesundheit. Wir wollen eine Verringerung der Unterschiede zwischen „oben“ und „unten“ und eine möglichst breite Mittelschicht, die Sicherheit verspürt und die auf ihre Wohlfahrt vertrauen kann. Wir verstehen die Menschen nicht als Spielball der Märkte. Märkte können ihren Nutzen entfalten, aber eine radikale Marktgesellschaft degradiert Menschen zur Ware. Wir wollen eine stabile wirtschaftliche Entwicklung ohne Krisen.

(3) Wir kämpfen für eine gerechte Verteilung des Wohlstands. Die eklatanteste Ungleichheit besteht in der Verteilung von Vermögen. Unser Ziel ist eine Vermögensbesteuerung, die diesen Zustand entschärft, aktiv entgegenwirkt und die damit verbundene Entwicklung von Parallelgesellschaften bekämpft. Erste Maßnahme ist die Besteuerung von großen Erbschaften, die momentan – als leistungsfreies Einkommen – nichts zum Gemeinwesen beitragen.

(4) Wir wollen leistungsgerechte Löhne. Die am besten bezahlten Manager dieses Landes verdienen rund zweihundertfünzigmal so viel wie jene, die für eine Vollzeitarbeit die niedrigsten Kollektivvertragsgehälter bekommen. Das ist weder durch Leistungsunterschiede noch durch die Verantwortung, die Vorstände tragen, zu rechtfertigen. Am unteren Ende wollen wir einen gerechten Mindestlohn, der Respekt davor ausdrückt, dass ein Mensch eine Arbeitsleistung erbringt. Bei den Spitzengehältern brauchen wir Regelungen, die einen moralisch vertretbaren Rahmen bieten und falsche Anreize bei der Führung von Unternehmen verhindern.



- (5) Wir kämpfen für einen exzellenten Sozialstaat.** Das wirkliche Vermögen fast aller Menschen in Österreich ist der Sozialstaat. Er ist die Grundlage dafür, dass krisenhafte Ereignisse in einem Leben nicht automatisch in die Armut führen und das einzige echte Umverteilungsinstrument, das wir haben. Er bietet jene Sicherheit, die anderswo nur (Finanz-)Vermögen garantieren können. Der Sozialstaat ist somit mehr als nur ein Netz der letzten Sicherheit. Er ist die Grundlage dafür, dass sich Menschen erproben, ein Risiko eingehen und ihre Individualität entwickeln können. Wir kämpfen nicht nur darum, dieses Vermögen für die ÖsterreicherInnen zu erhalten, sondern es noch weiter zu entwickeln.
- (6) Schlussendlich geht es bei der Frage nach gerechter Verteilung nicht alleine darum, welchen Lebensstil sich Reiche im Vergleich zu Armen leisten können.** Es ist auch eine Frage der Verteilung von Macht. In Gesellschaften, die durch krasse Ungleichverteilung zerrissen sind, können wirtschaftlich Mächtige und ihre Lobbys auch die gesellschaftliche Entwicklung über das Maß des Erträglichen hinaus beeinflussen und sich in der Öffentlichkeit und bei EntscheidungsträgerInnen Gehör verschaffen. Wenn die Vermögensschere zu weit aufgeht, dann können sich Reiche und mächtige Lobbys die Politik kaufen.
- (7) Finanzmärkte bändigen.** Finanzmärkte dürfen sich nicht mehr verselbstständigen. Sie müssen auf jenes Maß zurechtgestutzt werden, das nötig ist, damit sie eine sinnvolle Aufgabe für die Realwirtschaft erfüllen. Dafür braucht es eine starke Aufsicht und sinnvolle Regularien. Banken müssen so strukturiert und kapitalisiert sein, dass ein Kursverfall von Vermögenswerten keine katastrophalen Kosten für die Allgemeinheit verursacht. In Krisenfällen müssen zuerst die Eigentümer, in zweiter Linie die Gläubiger und in dritter Linie jene Fonds zahlen, die die Banken aus eigener Kraft angespart haben.
- (8) Der Standortwettbewerb darf nicht die dominante Ideologie der (europäischen) Wirtschaftspolitik sein.** Wenn sich im EU-Binnenmarkt in erster Linie die Staaten gegenseitig konkurrenzieren, scheitern sie zwangsläufig an dem Ziel, den gesamten Wohlstand zu steigern – alle werden dann ärmer. Das Rennen um die niedrigsten Steuern und Löhne und den schwächsten ArbeitnehmerInnenschutz hilft in erster Linie den großen, exportorientierten Unternehmen und deren EigentümerInnen. ArbeitnehmerInnen und jene (kleineren) Unternehmen, die von der Kaufkraft und dem wachsenden Wohlstand in ihrer Region leben, sind die VerliererInnen in diesem Spiel. Die einseitige Ausrichtung der europäischen Wirtschafts- und Sozialpolitik auf eine Senkung der Lohnstückkosten ist daher schädlich. Wir wollen ein Ende des Steuerwettbewerbs, eine Lohnentwicklung, die mit den Produktivitätsgewinnen einhergeht, und ausgeglichene Leistungsbilanzen innerhalb der Europäischen Union. Kurzum: Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik zielt auf eine Prosperität ab, die, wie die Gezeiten am Meer, alle Boote hebt, nicht nur die Luxusyachten.
- (9) Öffentliche Investitionen als Motor der Innovation und der Konjunktur.** Verkehr, Wohnungen, Energieversorgung, Schulen, Universitäten, Wasserver- und Abwasserentsorgung, Internet und Telefonie – moderne Gesellschaften basieren auf einer qualitativ vollen Infrastruktur, die die Voraussetzung ist, unseren Alltag zu bewältigen. Diese Infrastruktur ist auch die Basis der Produktivität der Privatwirtschaft. Niemand ist in komplexen Gesellschaften ein Selfmade-Man. Investitionsentscheidungen der öffentlichen Hand sind aber auch ein sinnvolles Instrument, um die konjunkturelle Entwicklung zu gestalten und Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Die Staaten müssen die Möglichkeit haben, dieses Instrument strategisch anzuwenden. Ein fiskalpolitischer Rahmen, aber auch überzogene Beihilferegeln, die den Staat einengen, sind daher falsch. Die öffentliche Hand benötigt Spielraum, um Wachstum, Beschäftigung, Investitionen



Foto: Anna Stöcher

und Innovation zu ermöglichen. Es geht hier nicht darum, Steuergeld sorglos für Konsumzwecke auszugeben. Wenn wir heute investieren, profitieren zukünftige Generationen davon. Was wir heute verabsäumen, müssen unsere Kinder und Enkelkinder wieder aufholen.

(10) Wir stehen für einen Staat, der Verantwortung für den wirtschaftlichen Fortschritt trägt. Die großen wirtschaftlichen Innovationen unserer Zeit hätte es ohne staatliche Grundlagenforschung nicht gegeben. Eine starke öffentliche Beteiligung an strategisch wichtigen Bereichen der Wirtschaft ist – intelligent forciert – ein treibender Motor für die wirtschaftliche Entwicklung.

(11) Wir wollen eine starke Industrie. Die Industrie ist eine tragende Säule unserer Wirtschaft und unseres Wohlstands. Der breite Wohlstand, den Generationen geschaffen haben, ist kein Standortnachteil, wie uns manche glauben machen wollen, sondern gerade die Voraussetzung für unseren gemeinsamen Erfolg. Der Industriestandort Österreich wird und soll nicht im Wettbewerb um niedrige Löhne und Sozialstandards punkten. Ein nachhaltiger wirtschaftlicher Erfolg kommt allen zugute und beruht auf einem gut ausgebauten Rechtssystem und sinnvollen regulatorischen Rahmenbedingungen. Er wird getragen durch Fachkräfte, die Weltspitze sind, eine starke Forschungslandschaft und Schutz vor unfairem Dumping-Wettbewerb.



(12) Wir stärken die Klein- und Mittelbetriebe. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen uns dafür ein, dass die Bürokratie auf ein notwendiges Maß reduziert wird. Unfaire Wettbewerbsnachteile, die KMUs gegenüber internationalen Großkonzernen ausgesetzt sind, wollen wir beseitigen. Insbesondere kämpfen wir gegen Steuervermeidung, die alleine den Interessen großer Konzerne nützt. Wir wollen, dass es sich finanziell auszahlt, Gegenstände reparieren zu lassen, statt sie wegzuwerfen und neu zu kaufen. Wir wollen alle Spielräume des Vergaberichts nutzen, um österreichische Unternehmen durch öffentliche Aufträge zu unterstützen. Wir wollen die soziale und wirtschaftliche Situation der Kleinstunternehmen und EPU's verbessern und Scheinselbstständigkeit entgegenwirken.

(13) Wir machen Österreich zum führenden Land für Unternehmensgründungen. Wir wissen, dass Start-ups und Neugründungen ein wesentlicher Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes geworden sind. Wir wollen Österreich zum führenden Start-up-Hub Europas machen. Wir werden hier über aktive Strukturpolitik und mithilfe von Clustern ein optimales Umfeld für Neugründungen und Innovationen schaffen. Wir wollen außerdem eine Kultur der „zweiten Chance“ etablieren. Unternehmerisches Scheitern soll einen Neustart nicht verunmöglichen.



NOTIZEN



Kapitel 4

Für ein Recht auf gute Arbeit für alle.



(1) Gute Arbeit ermöglicht Lebensqualität und Entfaltung, Sie trägt bei zu einem selbstbestimmten und unabhängigen kurzum zu einem guten – Leben. Vollbeschäftigung im Rahmen einer solidarischen und ökologischen Ökonomie ist das Ziel der Sozialdemokratie. Jeder Mensch hat ein Recht auf sichere, sinnhafte und gerecht entlohnte Arbeit, auf Aus- und Weiterbildung und gewerkschaftliche Organisation sowie auf Freizeit.

(2) Vollbeschäftigung schaffen durch ein Recht auf gute Arbeit für alle. Unser Ziel ist und bleibt Vollbeschäftigung. Auf dem Weg dorthin bedarf es einer teils radikalen Neuausrichtung unserer gewohnten Arbeitswelten. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen gute Arbeit für alle Menschen. Das bedeutet, dass wir (Langzeit-)Arbeitslosigkeit nicht akzeptieren

und in letzter Konsequenz mit öffentlichen Mitteln Arbeitsplätze schaffen wollen, um ein Recht auf Arbeit für alle sicherzustellen. Inklusion, also die Garantie guter Arbeitsverhältnisse für Menschen mit Behinderungen, ist entscheidend, denn alle Menschen sollen ihre Fähigkeiten einbringen können.

(3) Wir kämpfen für gerechte Löhne. Eine erfüllende Tätigkeit ist eine wichtige Quelle von Lebenssinn und Anerkennung, eine gerechte Entlohnung ist eine Frage von Respekt und Akzeptanz. Wir wollen einen Mindestlohn, der widerspiegelt, dass Menschen einen großen Teil ihres Lebens dafür aufwenden, Leistung für andere zu erbringen. Unterschiede in der Entlohnung, die auf das Geschlecht, die Herkunft oder andere Faktoren der Identität zurückzuführen sind, bekämpfen wir entschieden.



(4) Den Fortschritt nützen – Arbeitszeitverkürzung jetzt. Leiharbeit, unechte Dienstverträge, kurzfristige Werkverträge, befristete Anstellungsverhältnisse, Kettenverträge, unfreiwillige Teilzeitarbeit, Scheinselbstständigkeit, All-In-Verträge, unbezahlte Praktika sowie Lohn- und Sozialdumping sind für viele Menschen eine Realität, mit der wir uns nicht abfinden. Wer wachsendem Druck, Tempo, Rechtlosigkeit und Entgrenzung von Arbeitszeiten ausgesetzt ist, unterliegt oft auch starken physischen und psychischen Belastungen. Frauen arbeiten in hohem Maß Teilzeit, bzw. können oft gar nicht am Erwerbsleben teilnehmen, während Männer mit hohen Überstundenleistungen konfrontiert sind. In hochproduktiven Branchen mit starken Gewerkschaften gelingt es immer öfter, fortschrittliche Arbeitszeitmodelle umzusetzen, während in produktivitätsschwächeren Branchen geringe Bezahlung, lange und sozial ausgrenzende Arbeitszeiten zusammenkommen. Während viele Menschen gerne kürzer arbeiten würden sind viele andere arbeitslos. Gerade angesichts eines neuen, rasanten technologischen Fortschritts ist eine sozial gerechte Verteilung der Arbeitszeit ein Gebot der Zeit – eine Zeitverteilung, die Lebensphasen, Work-Life-Balance, Geschlechtergerechtigkeit und existentielle Absicherung sowie wirtschaftlichen Interessensausgleich garantiert. Die gesetzliche Reduktion der wöchentlichen Normalarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich kann – vor dem Hintergrund des technischen Fortschritts – einen Beitrag leisten, um Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und Beschäftigte zu entlasten. 45 Jahre nach Einführung der 40-Stunden-Woche ist ein neuer Schritt zur Verkürzung der Arbeitszeit längst überfällig. Die Arbeitszeit soll den Bedürfnissen des jeweiligen Lebensabschnitts, den gesundheitlichen Voraussetzungen sowie den sich wandelnden unterschiedlichen Lebensweisen entsprechen. Denn in letzter Konsequenz ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten der Zweck der wirtschaftlichen Tätigkeit, für alle Menschen ein erfülltes Leben in Sicherheit und Wohlstand und mit allen Chancen zu verwirklichen.

(5) Unsere Arbeitswelt gestalten. Arbeit wird virtueller und entgrenzter. Die Digitalisierung der Arbeitswelt ist genauso wie die Automatisierung und Robotisierung der Produktion eine Tatsache, aber keine, die nach Naturgesetzen abläuft. Es entstehen neue Möglichkeiten, Arbeits- und Produktionsverhältnisse effizienter zu organisieren und die Menschen von mühseliger oder repetitiver Arbeit zu befreien. Doch die Qualität der Arbeit durch Digitalisierung nimmt nicht automatisch zu. Das, was möglich ist, wird nicht von selbst zur Realität – denn der Wandel wird immer auch von Macht und Konflikten beeinflusst. Oft kommt es vielmehr sogar zu einer Polarisierung zwischen guter, also qualifizierter, gerecht bezahlter, gestaltbarer und stabiler Arbeit, und schlechter, also wenig qualifizierter, schlecht bezahlter und prekärer Arbeit. Digitalisierung führt zu einer Professionalisierung von Arbeitsprozessen, die viele Chancen eröffnet. Technik kann Handlungsspielräume schaffen und mehr Selbstorganisation zulassen. Wir wollen technologische Innovationen zu Gunsten einer humanen Arbeitswelt gestalten und fordern eine Demokratisierung von Rationalisierungsentscheidungen, die auf technologischem Fortschritt beruhen. Dafür müssen die ArbeitnehmerInnen frühzeitig in die Entwicklung von Technik und neuen Arbeitsprozessen eingebunden werden.

(6) Eine Arbeit, die auch Freude macht – Humanisierung der Arbeitswelt. Fortgeschrittene Technologie kann zur Unterstützung und Befähigung des Menschen im Arbeitsprozess beitragen. So kann der Einsatz von intelligenten Assistenzsystemen altersgerechtes Arbeiten ermöglichen. Die Digitalisierung kann außerdem die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Erwerbsleben fördern und einen wichtigen Beitrag zur Inklusion leisten. Wir wollen einen menschenzentrierten Ansatz in der Technologiepolitik, der auf eine Anwendung digitaler Technologie abzielt, die Arbeit menschengerechter und leichter gestalten will.



(7) Auch Roboter sollen den Sozialstaat mitfinanzieren. Um den Wohlfahrtsstaat nachhaltig zu sichern und auszubauen, braucht es eine Erweiterung seiner Finanzierungsbasis. Der Einsatz menschlicher Arbeitskräfte soll kein Nachteil sein, die Finanzierung unseres Gemeinwesens soll von allen Schultern getragen werden. Wir wollen, dass Branchen und Unternehmen, die von Automatisierung besonders profitieren, auch einen fairen Beitrag zum nachhaltigen Funktionieren des Sozialsystems leisten.

(8) Halbe-Halbe und nicht weniger. Zwar hat die Erwerbsbeteiligung von Frauen in den letzten Jahren stetig zugenommen – zu einem beträchtlichen Teil allerdings durch das Ansteigen von Teilzeit-Beschäftigung und durch Jobs im Niedriglohnbereich. Immer mehr Frauen bleiben nach der Geburt ihrer Kinder erwerbstätig,

reduzieren aber ihre Arbeitszeit. Noch immer verrichten Frauen zwei Drittel jener Arbeit, die weder marktvermittelt noch mit Geld bewertet wird. Besonders die Pflege- und Betreuungsarbeit und die Arbeit im Haushalt lasten immer noch zu einem Großteil auf dem Rücken der Frauen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen uns dafür ein, dass diese Tätigkeiten von Männern und Frauen gleichermaßen geleistet werden.

(9) Wir wollen Bildungsmöglichkeiten für alle. Maßnahmen zur Aus- und Weiterbildung wie Sabbaticals oder Bildungskarenz werden vor dem Hintergrund des rasanten Wandels in der Arbeitswelt an Bedeutung zunehmen. Wir unterstützen eine Stärkung und Ausweitung dieser Angebote im Sinne eines niederschweligen Zugangs für alle Beschäftigten.



(10) Wir wollen neue Arbeitsformen absichern. Neue technologische Möglichkeiten ermöglichen andere Arbeitsformen. Dabei entstehen auch arbeitsrechtliche und arbeitsorganisatorische Formen der Arbeit, die häufig durch Rechtsunsicherheit, mangelnde soziale Absicherung, Kleinteiligkeit sowie Vereinzelung im Arbeitsprozess und schlechte Bezahlung geprägt werden. Es gibt unternehmerische Plattformen, die Lieferdienste für Speisen organisieren oder so genannte Crowdwork-Plattformen, auf denen Menschen online ihre Arbeitskraft anbieten und oft nur für einzelne Arbeitsschritte Aufträge erhalten. Wer in der Datenwolke arbeitet oder seine Arbeitskraft online vermittelt, hat ein Recht auf faire Bezahlung, soziale Absicherung und gewerkschaftliche Organisation. Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen wir uns daher dafür ein, einen Rechtsrahmen

für diese neuen Formen der Arbeit zu schaffen, der all das sicherstellt.

(11) Gemeinsam sind wir stark. Gemeinsam mit den Gewerkschaften treten wir für einen gerechten Anteil der ArbeitnehmerInnen am erwirtschafteten Ertrag und für das Recht auf Mitbestimmung im wirtschaftlichen und sozialen Leben ein. Nur starke und lebendige Gewerkschaften sorgen für ein Kräftegleichgewicht im Interessenskampf von Kapital und Arbeit, von Firmenchefs und Beschäftigten. Angesichts des Wandels der Arbeitswelt muss die betriebliche Mitbestimmung forciert und ausgebaut und die Demokratisierung der Arbeitswelt vorangetrieben werden.



NOTIZEN



Kapitel 5

Für eine Gesellschaft,
in der alle ihre
Potenziale entfalten
können.

- (1) Wir brennen für das Ideal eines freien und selbstbestimmten Lebens.** Es ist der eigentliche Zweck der sozialen Sicherheitssysteme, jedem Menschen die Freiheit von Not sowie seine Teilnahme am gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Leben zu garantieren, alle Menschen in die Lage zu versetzen, ihre Talente zu entwickeln und erfüllte soziale Beziehungen führen zu können. Zentral dafür sind gute Bildung, existenzsichernde Arbeit, Gesundheit und die gerechte Verteilung des Wohlstands. Wir wollen in einer Gesellschaft leben, in der die soziale Herkunft, der Geburtsort und der wirtschaftliche Hintergrund eines Menschen nicht dessen Zukunft bestimmen.
- (2) Die beste Bildung für alle – kein Kind zurücklassen.** Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind eine Kultur- und Bildungsbewegung, die dafür kämpft, dass alle Menschen ihr Recht auf Bildung verwirklichen können. Bildung ist eine wesentliche Grundlage für sozialen Aufstieg, gesellschaftliche Teilhabe, Selbstverwirklichung und wirtschaftlichen Erfolg, aber auch dafür, geistige Grenzen überwinden und ein gutes und interessantes Leben führen zu können. Unser Bildungssystem darf sich nicht nur auf das Erlernen von Grundkompetenzen und kognitivem Wissen beschränken. Es muss darüber hinaus soziale und kulturelle Fertigkeiten – wie Empathie, Solidarität, Toleranz, Verantwortung und Kritikfähigkeit – vermitteln. Erwachsene sollen dabei das Kind als anspruchsvolle und glaubwürdige PartnerInnen begleiten. Die Zukunft unserer Kinder darf nicht von der sozialen Schicht, dem Geburtsort oder dem Einkommen der Eltern abhängen. Bildung darf nie ein Privileg der Besitzenden sein. Wir kämpfen für ein Bildungssystem, das allen Kindern gleiche Chancen garantiert und das bereits die Jüngsten individuell und bestmöglich fördert.
- (3) Emanzipatorische Kinderpädagogik – mehr denn je notwendig.** Wir wollen kindergerechte Lebens- und Lernräume schaffen. Kindergärten sind Bildungseinrichtungen, weil hier Kinder voneinander lernen, weil ihre Neugierde angestachelt wird, weil hier Grundkompetenzen von früh auf gefestigt werden, die Sprach- und Sozialkompetenz verbessert wird und nur so soziale Benachteiligungen verhindert werden, die sich ansonsten schon ab Schuleintritt verfestigen. Gute Kinderpädagogik ist der wichtigste Schlüssel im Kampf um Chancengleichheit – und Chancungleichheit, die schon die Kleinsten trifft, ist eine himmelschreiende Ungerechtigkeit. Wir wollen eine Ausbauoffensive im elementarpädagogischen Bereich mit flächendeckenden und qualitativ hochwertigen Kinderbetreuungs- und Bildungseinrichtungen, ganztätig geöffnet und öffentlich finanziert. Ein bundesweiter Qualitätsrahmen, eine Ausbildung der ElementarpädagogInnen auf Hochschulniveau, ein Rechtsanspruch auf einen Gratis-Betreuungsplatz ab dem 1. Lebensjahr und zwei verpflichtende Kindergartenjahre garantieren, dass unseren Kindern eine vielfältige und individuelle Entfaltung ihrer Persönlichkeiten ermöglicht wird.
- (4) Für eine Schule der Demokratie.** Weder Einkommen noch Herkunft, weder Bildungsniveau noch Sozialprestige der Eltern dürfen entscheidend für den Bildungsweg der Kinder und Jugendlichen sein. An allen Schnittstellen des Bildungssystems braucht es fördernde Übergänge statt Trennung. Wir wollen eine gemeinsame Ganztagschule der 6- bis 14-Jährigen mit innerer Differenzierung nach Interessen, Neigungen und Fähigkeiten der Kinder. Diese Schule ist kein isolierter Ort zum Lernen, sondern ein offener Lebensraum, der auch mit dem gesellschaftlichen Umfeld verwoben ist, in den Stadtvierteln, in den Dörfern. Bewegung und Sport sollen Teil des Schulalltags sein, Kinder und Jugendliche in ihrer körperlichen Entwicklung unterstützen, Abwechslung bieten und Teamdenken fördern. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen für eine Lehr- und Lernkultur, die die



Foto: Fotolia

SchülerInnen zur selbständigen Organisation ihrer Arbeit und zur Entwicklung solidarischer Beziehungen befähigt. Dazu gehören auch eine demokratische Schulorganisation und die Möglichkeit, dass alle SchülerInnen ihre Vertretung auf allen Ebenen direkt wählen können. Das ist unser Menschenbild: Dafür zu kämpfen, dass jede und jeder ihre und seine Anlagen entwickeln, ein selbstbestimmtes Leben führen, die Stimme erheben und Gehör finden kann. Das ist die wahre Demokratie, aber auch der wahre Individualismus, ein Individualismus nämlich, der nicht wie der Pseudoliberalismus die Ellbogenmentalität hochhält, sondern der vom Prinzip lebt, dass die freie Entwicklung eines jeden die Voraussetzung für die freie Entwicklung aller, also des gesamten Gemeinwesens, ist.

(5) Wir kämpfen für die Lehrlinge. Eine gute Lehrausbildung braucht transparente und klar definierte Ausbildungsinhalte, die für alle Ausbildungsbetriebe gelten. Wir bestehen darauf, dass die Jugendlichen im Rahmen ihrer Lehre finanziell abgesichert sind. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit gilt auch in der Lehrausbildung. Die Finanzierung der Lehrausbildung soll in Zukunft durch Branchenfonds erfolgen. Alle Betriebe sollen in einen Topf einzahlen, aus dem jene, die ausbilden, die Ausbildungskosten erstattet bekommen. Jene, die nicht ausbilden, aber in Zukunft trotzdem durch gut ausgebildete FacharbeiterInnen profitieren, leisten damit ihren gerechten Beitrag.

(6) Wir wollen die beste Bildung – auch für Erwachsene. Menschen sollen während ihres gesamten Lebens Angebote vorfinden, die ihnen die Möglichkeit geben, sich weiterzubilden. Besonders wichtig sind Angebote für jene Personen, die ihre Erstausbildung nicht erfolgreich abgeschlossen haben und deren Chancen auf eine gesellschaftliche Teilhabe sowohl im Alltag als auch in der Berufswelt stark beeinträchtigt sind. Sie sollen sich Kulturtechniken aneignen und Schul- und Berufsabschlüsse nachholen können. Wir setzen uns dafür ein, dass auch Kompetenzen, die nicht in der Schule oder einer anderen formellen Ausbildung erworben wurden, stärker anerkannt werden. Wir wollen, dass es für jede und jeden möglich ist, den Beruf zu ändern und eine zweite Ausbildung zu absolvieren.

(7) Wir setzen uns für die bessere Förderung der Hochschulen, der Lehre und der Forschung ein. Österreich hat das Potential, ein Innovationszentrum zu sein, ein faszinierendes Laboratorium des Gelingens und des Ausprobierens, und muss deshalb mehr für Bildung, Forschung und Wissenschaft tun. Die öffentliche Hand hat sicherzustellen, dass die Hochschulen zu einem Ort werden, wo Menschen, unabhängig von Herkunft, Alter und Geschlecht, in einem internationalen Zusammenhang lernen und forschen können. Die chronische Unterfinanzierung der Universitäten muss beseitigt werden und der Forschung die benötigten Mittel zur Verfügung gestellt werden. Dazu bedarf es auch eines effektiveren Stipendiensystems. Die Antwort auf die begrüßenswerten, steigenden Studierendenzahlen darf keine reine Verschulung sein, die das Studium für viele nur zusätzlich erschwert. Die Universitäten und Fachhochschulen müssen von den Lehrenden und Lernenden gemeinsam und demokratisch gestaltet werden. Wir brauchen und fördern neugierige, kritische Menschen, die sich ihrer sozialen Verantwortung bewusst sind und deren Ideen, Konzepte und Forschungsergebnisse das Bestreben nach einer freien, gleichen, gerechten und solidari-schen Gesellschaft unterstützen.

(8) Wohnen ist ein Menschenrecht – und muss leistbar sein. Kein Mensch soll in Österreich in einer unbeheizten Wohnung sitzen oder gar auf der Straße stehen. Alle Menschen haben unabhängig von ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit Anspruch auf eine ihrem Bedarf und dem gesellschaftlichem Entwicklungsstand entsprechende Wohnung. Dazu brauchen wir genügend Neubauten, einen starken, gemeinnützigen Wohnbausektor, öffentliches Eigentum an Wohnungen und ein transparentes, bundesweites Universalmietrecht. Wir streben eine Wiedereinführung der Zweckbindung der Wohnbauförderungsmittel und die Wiedereinbeziehung der Rückflüsse aus den Wohnbaudarlehen in den wohnungswirtschaftlichen Kreislauf an. Jede Spekulation mit Wohnraum und Fördermitteln ist zu unterbinden. Wohnen ist ein Grundbedürfnis und Wohnungspolitik ist eine öffentliche Aufgabe, die der Markt nicht erfüllen kann. Gerade der Immobilienmarkt ist ein Markt, bei dem die reinen Marktkräfte zu Verwüstungen führen – das hat die Geschichte gezeigt, auch die jüngste Geschichte von Immobilienblasen und Wohnungsspekulation. Wir stehen für eine Wohnbaupolitik, die unsere Gemeinden und Städte als gute Lebensräume für alle entwickelt, in der die Wohnumgebung so gestaltet wird, dass sie die Kommunikation und Solidarität zwischen den BewohnerInnen fördert. Sozialdemokratische Wohnungspolitik stellt sicher, dass unsere Siedlungen, Grätzl, Dörfer und Stadtteile inklusive Lebensräume sind, in denen niemand ausgeschlossen wird und in denen es weder Armen noch Reichtviertel gibt. StadtbewohnerInnen führen heute einen Kampf um die Stadt, in dem sie ihre Viertel als kommunikative Lebensräume, als lebendige Nachbarschaften und Orte des sozialen Zusammenhaltes, der Sorge füreinander verteidigen, aber auch gegen Entmischung und Gentrifizierung. Wir stehen in diesen Kämpfen auf ihrer Seite.



Foto: Fotolia

(9) Wir wollen eine erstklassige Gesundheitsversorgung für alle. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bekennen uns zum Grundrecht aller Menschen auf Lebens- und Arbeitsverhältnisse, die unsere Gesundheit schützen und fördern. Gesundheit ist nicht die bloße Abwesenheit von Krankheit, sondern bedeutet auch körperliches und geistiges Wohlbefinden. Wir garantieren den gleichberechtigten Zugang zu einem öffentlichen und solidarisch finanzierten Gesundheitssystem für alle Menschen in unserem Land: Niemand darf in Österreich später behandelt werden, weil er oder sie über weniger Einkommen oder keine Beziehungen verfügt. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen für ein solidarisches Gesundheitssystem, in dem alle Menschen pflichtversichert und nach dem Sachleistungsprinzip – unabhängig von privat finanzierten Zusatzleistungen – optimal versorgt sind. Die Leistungen unseres Gesundheitssystems müssen der bedarfsgerechten, flächendeckenden, wohnort- und zeitnahen Versorgung aller dienen. Die öffentlichen

Eigentumsverhältnisse und Strukturen des Gesundheitssystems sind so zu organisieren, dass sichergestellt ist, dass PatientInnen selbständige Entscheidungen zur eigenen Behandlung treffen können. Unser Ziel ist eine effiziente Struktur der Sozialversicherungsträger und eine Vereinheitlichung der Bedingungen für die Versicherten. Selbstbehalte treffen ärmere und chronisch Kranke besonders hart, wir wollen unsere Gesundheitseinrichtungen nicht darüber finanzieren. Wir setzen auf altersgerechte und pädagogisch wertvolle sexuelle Aufklärung, die bereits im Kindesalter beginnt. Der unabhängige Zugang zu Informationen rund um Sexualität, Verhütung, Übertragung von Krankheiten, Schwangerschaft und Schwangerschaftsabbruch sowie zu Vorsorgeuntersuchungen durch FachärztInnen muss für alle sichergestellt sein. Ein Schwangerschaftsabbruch soll in jedem Bundesland für alle Frauen ohne finanzielle Hürden möglich sein.



Foto: Fotolia

(10) Wir kämpfen für ein Altern in Würde und frei von Existenzängsten. Pflege geht uns alle an, wir dürfen und wollen sie nicht einfach auf die Mütter, Töchter und Schwiegertöchter abschieben. Zigtausende Kinder und Jugendliche pflegen ihre Angehörigen. In unserem Land soll es kein Kind geben, das mit einer so schweren Aufgabe alleine gelassen wird. Niemand soll im Alter das Gefühl haben eine Belastung zu sein oder seiner Familie auf der Tasche zu liegen. So wichtig die persönliche Zuwendung von Angehörigen ist, wir brauchen mehr professionelle Pflege und einen Ausbau des Betreuungsangebots. Das bedeutet auch eine Investition in ein umfassendes und differenziertes Angebot, das allen offen steht. Dazu gehört der Ausbau von Angeboten in der palliativen und hospitären Begleitung. Im Zentrum steht für uns neben einer hohen Qualität der Leistungen und einer fundierten Ausbildung des Personals ein bundesweites transparentes Pflegesystem.

(11) Wir wollen sichere Pensionen. Verlässlichkeit, Solidarität und Leistungsgerechtigkeit stehen im Vordergrund sozialdemokratischer Pensionspolitik. Unser staatliches Pensionssystem wird vom Bekenntnis zu einer Versicherungsgemeinschaft getragen, in der alle selbstständig und unselbstständig arbeitenden Menschen entweder direkt oder über ihre Steuerleistung einen Beitrag leisten und dementsprechend Ansprüche erwerben. Dieses solidarische Umlageverfahren hat sich gegenüber privaten Vorsorgesystemen, die vom Kapitalmarkt abhängig sind, immer bewährt – nicht zuletzt deshalb, weil unsere Pensionen dadurch nicht der Krisenanfälligkeit der Finanzmärkte ausgeliefert sind. Ob jemand für eine höhere Pension spart, ist jedem und jeder selbst überlassen. Eine staatliche Förderung dafür ist weder notwendig noch zielführend. Denn unsere Pensionen sind dann sicher, wenn es ausreichend Wirtschaftswachstum, hohe Beschäftigung und anständige Löhne gibt, die letztlich die Quellen für Pensionsbeiträge und damit -zahlungen sind. Wir kämpfen daher auch



für eine Arbeitsmarktpolitik, die dazu führt, dass möglichst alle Menschen bis zur Erreichung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters in Beschäftigung bleiben. Das benötigt eine konsequente Beschäftigungs- und Investitionspolitik und ausreichend altersgerechte Arbeitsplätze.

(12) Das Mindeste sichern. Wir können erst dann richtig stolz auf unser Land sein, wenn wir die Armut völlig besiegt haben. Im Grunde soll niemand vom existentiellen Minimum leben müssen, aber dieses muss zumindest ohne Wenn und Aber garantiert sein. Wir bekennen uns zu einer effektiven Armutsbekämpfung mit Mindeststandards, um allen ein würdevolles und angstfreies Leben zu ermöglichen. Die Mindestsicherung bildet in Kombination mit Sachleistungen das letzte soziale Sicherheitsnetz. Ein Netz, auf das jeder und jede alleine aus dem Menschsein ein Anrecht hat. Die Mindestsicherung soll bundesweit vereinheitlicht werden, auch um den innerösterreichischen Wettbewerb nach unten auszuschalten. Mit uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wird es kein Zurück geben in eine Zeit der Essensgutscheine und Suppenküchen, wo Armenfürsorge ein System aus Scham, Bittstellertum und Demütigung etabliert hat. Wer die Armen statt der Armut bekämpft, der findet in uns seinen unterschiedlichsten Gegner.



NOTIZEN



Kapitel 6

Für gerechte Klima- und Umweltpolitik.



(1) Den Klimawandel hinzunehmen ist nicht nur aus ökologischen Gründen fatal, sondern auch eine soziale Ungerechtigkeit.

Denn auch die Klimakatastrophe wird dazu führen, dass es sich einige wenige richten können während viele ihren Folgen ausgesetzt sind. Sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen sind heute schon überproportional von Klimawandel und Umweltverschmutzung betroffen. Wenn in den Städten in den Sommermonaten der so genannte „Backofeneffekt“ eintritt, leiden besonders jene, die kein Wochenendhaus am Land haben, die nicht in klimatisierten Wohnungen leben oder in den reichen Vorstädten mit viel Grün zwischen den Villen. Durch die Luftverschmutzung des motorisierten Individualverkehrs leiden besonders jene, die in den günstigen Wohnlagen in der Nähe der stark befahrenen Straßen wohnen. Umwelt- und Klimapolitik heißt auch, diesen Menschen ein besseres und gesünderes Leben zu ermöglichen. Bei Klimapolitik geht es nicht notwendigerweise darum, dass die aktuelle Generation Wohlfahrtsverluste auf sich nehmen muss, um zukünftigen Generationen eine Welt mit hoher Umweltqualität zu hinterlassen. Sie kann auch für uns, die wir jetzt auf dieser Erde leben, eine Erhöhung unseres Lebensstandards bringen.

(2) Wir werden auch vor unserer Haustüre handeln.

Klimawandel wird gerne als globales Phänomen verstanden, das ohne eine ebenso globale Lösung nicht bekämpft werden kann. Ein solches Verständnis bietet auch eine billige Ausrede, nationale Anstrengungen zu unterlassen und sich auf fehlende internationale Kooperation herauszureden. Dabei sind Treibhausgasemissio-

nen, die hauptverantwortlich für den Klimawandel sind, zu einem großen Teil auch für lokale Umweltprobleme verantwortlich. Was wir lokal herausblasen, summiert sich nicht irgendwo in einer globalen Ferne zur Klimakatastrophe, sondern sorgt unmittelbar und konkret vor unserer Haustüre für schwerwiegende Belastungen. Dazu zählen sowohl der Straßenverkehr als auch die industrielle Produktion. Klimapolitik, die auch lokale Luftverschmutzung reduziert, trägt zu mehr Umweltgerechtigkeit bei. Das heißt, dass nationalstaatliche oder regionale klimapolitische Maßnahmen sinnvoll sind. Wir wollen nicht nur auf EU-Ebene, sondern auch für die Nationalstaaten klare Ziele zur Verbesserung der Energieeffizienz und zum Ausbau erneuerbarer Energieformen.

(3) Klima- und Umweltschutz tragen zu einer gleichberechtigten Gesellschaft bei.

Umweltpolitik und Verteilungsfragen sind eng miteinander verbunden. Es ist hanebüchen, die ökologische und die soziale Frage gegeneinander auszuspielen. Das wäre so, als hätte man vor 150 Jahren die Kämpfe für Sicherheit in der Fabrik oder für Gehörschutz gegen den Kampf um höhere Löhne ausgespielt. Aber genauso wie wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten schon immer gesagt haben, dass etwa materieller Wohlstand und immaterielle Ziele wie Gesundheit oder Lebensqualität zusammengehören, genauso wissen wir auch, dass Klimapolitik im Sinne der Bevölkerung gestaltet werden kann und muss. Rasches Handeln gegen Umweltverschmutzung und Klimawandel muss und darf keine negativen sozialen Auswirkungen haben. Wir haben alle Chancen der Welt, dadurch mehr Beschäftigung, eine gleichere Einkommensverteilung und ein gesünderes und längeres Leben zu erreichen.

(4) Gemeingüter fördern heißt weniger verbrauchen.

Eine optimal ausgebaute öffentliche Infrastruktur hat eine zentrale Funktion, wenn es darum geht, den individuellen Ressourcenverbrauch zu verringern. Ein gut funktionierender öffentli-



cher Verkehr stärkt nicht nur den gesellschaftlichen Zusammenhalt, weil alle gesellschaftlichen Schichten Orte des Gemeinsamen frequentieren, er führt auch zu einer Reduktion des motorisierten Individualverkehrs. Auch ein starker gemeinnütziger und öffentlicher Wohnbausektor, der für einen großen Teil der Bevölkerung zugänglich ist, und gut ausgebaute kommunale Dienstleistungen haben ähnliche Wirkungen. Wir werden mit allen Mitteln gegen die Privatisierung öffentlicher Ressourcen ankämpfen und ebenso gegen die Herabsetzung von Umweltstandards. Wir bekennen uns zum Vorsorgeprinzip, wonach neue Technologien erst dann zur Anwendung kommen dürfen, wenn ihre grundsätzliche Umwelt- und Gesundheitsverträglichkeit nachgewiesen ist.

(5) Verantwortungsvoller Umgang mit Energie. Wir wollen den CO₂-Ausstoß stark verringern und mithilfe des technologischen Fortschritts einerseits die Versorgung sicherstellen und andererseits viel weniger Energie verbrauchen. Österreich ist in der Lage, den gesamten Strom, den es benötigt, auch selbst herzustellen. Wir setzen uns für eine effiziente und ressourcenschonende Ökostromförderung ein, die vorrangig auf Wasserkraft, Windräder und Sonnenkollektoren setzt, und außerdem für eine energieeffiziente Bauweise und umfassende thermische Sanierungsarbeiten. Unser Ziel ist ein Umstieg von Verbrennungsmotoren auf Elektromobilität. Österreich soll in diesem Bereich zur Weltspitze gehören, denn damit sichern wir nicht nur unsere ökologischen Grundlagen, sondern auch unsere künftige ökonomische Wohlfahrt, da diese Branchen die Technologien der Zukunft entwickeln. Um all das zu erreichen, müssen wir eine zielgerichtete Forschungspolitik betreiben, die Innovation ermöglicht. Das Energiesystem muss tatsächlich als System betrachtet werden und nicht als zusammenhangloses Panorama von Fragen wie Treibstoff, Warmwasser und Stromerzeugung. Dabei ist unsere große Chance die Digitalisierung aller Komponenten, die eine kluge Abstimmung derselben möglich macht.

Wir bekennen uns klar zu einer politischen Verantwortung für die Energieinfrastruktur. Die Energiegewinnung aus Atomkraft ist brandgefährlich und hinterlässt Atommüll, der noch vielen nachfolgenden Generationen zur Last fallen wird. Deshalb werden wir weiterhin gegen Atomkraftwerke auftreten und uns auch auf internationaler Ebene für einen Ausstieg aus der Atomkraft einsetzen. Mittelfristig soll Euratom in einen Atomausstiegsvertrag weiterentwickelt werden.

(6) Wir wollen eine nachhaltige Lebensmittelproduktion. Die Landwirtschaft soll zu einem gesunden Leben beitragen, qualitätsvolle, möglichst regionale und leistbare Ernährung sicherstellen und besondere Rücksicht auf Tierrechte und Tierwohl nehmen. Biologische Produktion und eine kleinstrukturierte Landwirtschaft leisten hierzu den besten Beitrag. Der Einsatz von Pestiziden muss so gering wie möglich gehalten werden. Wir bekennen uns zu einer gerechten und transparenten Landwirtschaftsförderung, die an ökologische und soziale Kriterien gebunden ist. Familienbetriebe, Nebenerwerbsbetriebe und Bergbauernbetriebe sollen dadurch erhalten bleiben. Das entscheidende Förderkriterium dabei ist nicht der Grundbesitz, sondern der notwendige Arbeitseinsatz. Wir wollen eine Landwirtschaft, die der Erhaltung der Biodiversität und einer intakten Natur, dem Schutz vor Naturgefahren und der Pflege der Kulturlandschaft dient.





NOTIZEN



Kapitel 7

Für ein vielfältiges Zusammenleben.



(1) Jede und jeder weist unterschiedliche Merkmale, Bedürfnisse und Verhaltensweisen auf.

Die eine ist eine Frau mit Migrationshintergrund, lehrt an der Universität und schreibt Bücher. Ein anderer geht Tag für Tag ins Geschäft, leitet vielleicht sogar die Filiale, ist vom Schichtdienst geprägt und genießt am liebsten abends vor dem Fernseher ein Fußballspiel. Der eine ist extrovertiert, die andere introvertiert. Was verbindet diese beiden Personen? Beide brauchen Arbeit und eine Entlohnung, von der sie leben können, sie brauchen eine Wohnung, eine Gesellschaft, die sie auffängt, wenn sie ein Unfall hilfsbedürftig macht. Generell gesagt: Beide wollen im Leben ihre Wünsche verwirklichen. Und die meisten haben ähnliche Träume für ihre Kinder. Was Menschen unterscheidet, mag vielleicht ihre Religion sein, ihr Freizeitverhalten, ihr Geschlecht oder ihre persönlichen Präferenzen und doch ist es Anspruch der Sozialdemokratie, diese Personen in ihren Bedürfnissen zu unterstützen und ein Leben in Zufriedenheit zu ermöglichen. Denn uns verbindet mehr als uns trennt.

(2) Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle an einem guten Zusammenleben mitwirken.

Wir brauchen engagierte Menschen vor Ort und in der Politik, denen ein gutes Zusammenleben ein Anliegen ist und denen gleichzeitig die Zeit zugestanden wird, sich dafür einzusetzen. Dies gilt für sämtliche Bereiche, in denen ein Interessenausgleich notwendig ist, in Institutionen wie der Schule, der Universität oder im Betrieb. Investitionen in BürgerInnenbeteiligung und Mitbestimmung sind immer auch Investitionen in ein produktives und respektvolles Miteinander. Menschen akzeptieren heute nicht mehr, von oben herab behandelt zu werden, und genau das entspricht auch dem Menschenbild einer sozialen und demokratischen Reformpartei wie der Sozialdemokratie. BürgerInnen haben Rechte und sind keine BittstellerInnen, sie sind keine BefehlsempfängerInnen, sondern haben etwas beizutragen. Sie haben immer und überall Respekt verdient und Orte der Respektlosigkeit dürfen nicht akzeptiert werden, auch nicht hinter Bürotüren oder Fabrikturen. Zum Herzstück unserer repräsentativen Demokratie zählt ein starkes Parlament. Parlamente sind durch allgemeine, freie und geheime Wahlen zu legitimieren und je



nach Bedarf durch direkte Entscheidungsfindungen der BürgerInnen zu ergänzen. Die Verwaltung des Staates muss für alle BürgerInnen möglichst nachvollziehbar und leicht erreichbar agieren, analog wie digital. Das betrifft auch die Möglichkeit, Entscheidungen rasch und barrierefrei besprochen zu können. Eine moderne Verwaltung nutzt die Möglichkeiten der neuen Technologien, um die Partizipation der Bürgerinnen und Bürger an allen Abläufen zu vergrößern.

(3) Gleichheit vor dem Gesetz und durch das Gesetz muss garantiert sein. Wir wollen die Verfahrenshilfe ebenso ausbauen wie geeignete Institutionen der Rechtsberatung. In allen Bereichen des Zivilrechts muss ein fairer Interessenausgleich zugunsten der gesellschaftlich Schwächeren hergestellt und im Familien- und Scheidungsrecht müssen besonders die Interessen der AlleinerzieherInnen und Kinder berücksichtigt werden. Im Strafrecht muss das Verbrechen ebenso bekämpft werden wie gesellschaftspolitisch die Ursachen des Verbrechens bekämpft werden müssen. Das Strafrecht kann nur eine Form zur Kriminalitätsbekämpfung sein, ebenso wichtig sind Maßnahmen zur Prävention: Bildungs- und Sozialpolitik ist die beste Präventions- und Sicherheitspolitik. Bei voller Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen der Menschen gilt es auch, Alternativen zum herkömmlichen Strafvollzug zu finden. Die richterliche Unabhängigkeit ist ein unumstößlicher Eckpfeiler des Rechtsstaates, und soll durch demokratische Kontrollmaßnahmen gestützt werden, vor allem durch transparente und faire Auswahlverfahren, bei denen juristische Fachkenntnisse ebenso berücksichtigt werden wie psychologische Kenntnisse, soziales Verantwortungsbewusstsein und das Verständnis für wirtschaftliche und politische Zusammenhänge. Die Mitwirkung des Volkes an der Rechtsprechung im Rahmen einer reformierten Geschworenengerichtsbarkeit ist uns wichtig.

(4) Für eine demokratische Sicherheitspolitik. Jede Form der Gewalt – von wem und gegen wen auch immer – gefährdet den/die Einzelne/n und die solidarische, faire Demokratie und ist deshalb abzulehnen. Der Staat hat für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger Sorge zu tragen. Dafür braucht es einerseits eine handlungsfähige demokratisch legitimierte Polizei, deren Organe im Bereich der Grundrechte, der Prävention und der Deeskalation besonders gut ausgebildet sind. Auf der anderen Seite ist das österreichische Bundesheer dafür verantwortlich, das Bundesgebiet vor möglichen Gefahren von außen wirksam zu schützen. Die Organisation des Bundesheeres hat sowohl einer breiten demokratischen Legitimation wie dem Prinzip der effizienten Aufgabenwahrnehmung zu entsprechen. Wir stellen eine klare, abgrenzende Kompetenzverteilung zwischen äußeren und inneren sowie zivilen und militärischen Sicherheitsaspekten sicher. Alle Handlungen der jeweils zuständigen Sicherheitskräfte haben einer breiten parlamentarischen und justiziellen Kontrolle zu unterliegen. Eine der Grundlagen des Rechtsstaates und Ausdruck staatlicher Souveränität ist das Gewaltmonopol des Staats, das für Frieden und Sicherheit steht. Damit verbundene Aufgaben dürfen weder ausgelagert noch privatisiert werden und sind ausschließlich von dafür vorgesehenen staatlichen Einrichtungen wahrzunehmen.

(5) Wir kämpfen für die Gleichstellung der Geschlechter. Ein geschlechtergerechtes Zusammenleben beinhaltet die gleiche Verteilung von Macht zwischen Männern und Frauen auf allen Ebenen der Wirtschaft, der Bildung und der Politik. Das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung ist ein Grund- und Menschenrecht und darf aus keinerlei Gründen eingeschränkt werden. Wir kämpfen für die völlige Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender, Intersexuellen, Queer und Asexuellen. Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen unabhängig von Rollenzwängen über ihre Körper und ihr Identität bestimmen können.



(6) Eine Gesellschaft des wechselseitigen Respektes.

Die Sozialdemokratie steht für einen effektiven Gewaltschutz, der bereits präventiv wirkt und sich auf die digitale Welt erstreckt. Die ausreichende Finanzierung von Frauenhäusern sowie von Schutzeinrichtungen für Frauen, die aus Gewaltbeziehungen flüchten, muss endlich flächendeckend und österreichweit durchgesetzt werden. Wir widersetzen uns jeder Form der Diskriminierung und allen Formen menschenverachtenden, insbesondere auch patriarchalen Verhaltens. Unser Leitbild ist eine offene und sozial gerechte Gesellschaft, in der jede und jeder mit Selbstbewusstsein und ohne Angst sein kann, wie sie oder er will. Respektlosigkeiten können unser Zusammenleben vergiften. Jeder darf seinen Werten folgen, mögen die eher traditionell, oder eher unkonventionell sein, jede und jeder hat Achtung verdient, niemand darf das Gefühl haben, durch gesellschaftliche Muster herabgewürdigt zu werden.

(7) Wir setzen uns für die volle Freiheit des Glaubens und Denkens ein.

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten achten das Bekenntnis zu einem religiösen Glauben wie zu einer nicht-religiösen Weltanschauung als innerste persönliche Entscheidung jedes/jeder Einzelnen. Die volle Freiheit des Glaubens und Denkens darf weder durch den Staat, noch auf sonstige Weise eingeschränkt werden. Die Sozialdemokratie stellt sich zugleich allen alten und neuen Versuchen entgegen, Religion für politische Zwecke zu missbrauchen und Werte und Lebensweisen anderen aufzuzwingen. Wir stellen uns deutlich dagegen, wenn im Namen von Religion patriarchale und längst überholte Rollenbilder verfestigt werden. So wie die Sozialdemokratie das Recht jedes Einzelnen auf freie Ausübung eines religiösen Bekenntnisses verteidigt, besteht sie auch auf die Respektierung anderer und nicht-religiöser Weltanschauungen. Wer Respekt beanspruchen will, hat zugleich die Freiheit des und der anderen zu achten.



(8) Eine umfassende Integrationspolitik – das Gebot der Stunde. Sozialdemokratische Integrationspolitik arbeitet an der gesellschaftlichen Teilhabe und Mitbestimmung aller Menschen – egal ob hier geboren oder nicht. Ein gelungenes Zusammenleben bedeutet einerseits allen Menschen, die in unserem Land leben, bestmögliche Bedingungen für ein faires Miteinander zu gewährleisten, und setzt andererseits die Akzeptanz und das Leben der gesellschaftlichen und demokratischen Normen sowie das Erlernen unserer Sprache voraus. Integration beginnt am ersten Tag und erfordert Maßnahmen, um den Menschen, die bei uns ankommen, zu helfen, ihren Platz in unserer Gesellschaft zu finden. Der Zugang zu Bildung, zum Arbeits- und Wohnungsmarkt, zu Gesundheitsversorgung, Kultur, Mobilität und anderen Lebensbereichen muss diskriminierungsfrei und sozial gerecht gestaltet sein. Sozialdemokratische Integrationspolitik stützt sich auf gesetzliche Rahmenbedingungen, auf ein dichtes Netz an integrationspolitischen Maßnahmen auf kommunaler Ebene und auf

kleinteilige und inklusive Grätzl- und Nachbarschaftsinitiativen. Die Zusammenarbeit von privaten Initiativen und öffentlichen Einrichtungen ist für uns Ausdruck eines gemeinsamen Strebens nach einer solidarischen und egalitären Gesellschaft. Integration lebt davon, dass sich alle wechselseitig als ein gemeinsames „Wir“ akzeptieren. Wer nicht akzeptiert wird, wird sich schwerer integrieren, wer – vielleicht sogar schon vom Kindesalter an – Ablehnung verspürt, wird innerlich in eine Abwehrmentalität getrieben. Deswegen brauchen wir in heterogener werdenden Einwanderungsgesellschaften eine neue Identität als Gemeinschaft, die bei allen Unterschieden eine Idee des Gemeinsamen entwickelt. Eine Garantie für ein kulturell offenes Klima gibt es nicht. Klar ist aber: Ein offenes Klima ist nicht möglich, wenn für manche Gruppen der soziale und wirtschaftliche Stress überhandnimmt. Wir müssen politisch jenen entgegen treten, die soziale Ungleichheitsverhältnisse nicht als solche anerkennen und Benachteiligte gegeneinander ausspielen.

Foto: Novotny





(9) Nutzen wir die Digitalisierung für mehr Freiheit und Teilhabe. Ein Gewinn an Freiheit in Beruf und Freizeit ist dank digitaler Technologien möglich. Die neuen digitalen Möglichkeiten müssen die Teilhabe am gemeinschaftlich erwirtschafteten Wohlstand und am gesellschaftlichen Zusammenleben ermöglichen. Sich auf den digitalen Straßen frei bewegen zu können ist wichtig für Meinungsfreiheit, Chancengleichheit, Kommunikation und Innovation. Eine nie dagewesene Öffentlichkeit ist geschaffen worden, die Demokratie weiterbringen kann und die wir vor Manipulationen und Zensur schützen müssen. Demokratische Grundfreiheiten, beispielsweise das Verbot von Vorzensur, die Rede- und Versammlungsfreiheit oder die Wahrung des Briefgeheimnisses müssen auch im Netz erhalten bleiben. Das gilt auch für die journalistische Freiheit und das Redaktionsgeheimnis. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unterstützen den Erhalt und die Sicherung der Netzneutralität. Wir lehnen die Sperrung von Internetseiten ohne richterliche Kontrolle

sowie die Sperrung des Internetzugangs oder die Drosselung der Internetgeschwindigkeit als Strafmaßnahme ab. Strafrechtlich relevante Inhalte sind an der Wurzel zu bekämpfen, es gilt die Maxime „Löschen statt sperren“. Wir wollen ein Recht auf Zugang zum Internet. Dazu gehört auch Unterstützung beim Umgang mit digitalen Medien – im Kindergarten und in der Schule genauso wie im Altersheim.



(10) Wir kämpfen für Selbstbestimmung und das Recht auf Privatsphäre.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen uns für einen modernen und selbstbestimmten Datenschutz ein. Der Schutz der Privatsphäre ist wichtiger als wirtschaftliche Interessen. Der gläserne Bürger ist eine Gefahr für die Freiheit, weshalb wir für einen starken und einheitlichen europäischen Datenschutz und einen digitalen Grundrechtskatalog eintreten. Alle Menschen müssen das Recht haben, über die Verwendung ihrer Daten selbst zu entscheiden. Das „Recht auf Löschen“ muss zu einem Grundrecht werden. Auch durch ein Übermaß an Überwachung wird unsere Demokratie und Freiheit gefährdet. Eine anlasslose personenbezogene Massenüberwachung macht uns alle nicht sicherer.

(11) Wir setzen uns für vielfältige Information ein.

Zum Erhalt und Ausbau der Medienvielfalt bedarf es einer Medienförderung, die auch für webbasierte Medien offen ist und den Berufsstand der JournalistInnen unterstützt. Der ORF ist als öffentlich-rechtliches Medium für Österreich unverzichtbar. Auch für die österreichischen Privatmedien müssen faire Bedingungen im Wettbewerb mit ausländischen Sendern, vor allem aber mit den multinationalen Giganten geschaffen werden, die in Österreich Werbegelder lukrieren, ohne dafür auch nur annähernd faire Steuern zu zahlen.

(12) Wir setzen uns für die Freiheit der Kunst und die künstlerische Vielfalt ein.

Für uns ist die Teilhabe am kulturellen Leben ein notwendiger Bestandteil sozialer Gerechtigkeit. Kulturelle Bildung und ein vielfältiges, flächendeckendes kulturelles Leben sind daher für uns von zentraler Bedeutung. Es liegt in unserer Verantwortung, eine offene, vielfältige Kunst- und Kulturpolitik zu erhalten und kulturelle Tätigkeiten nicht zu bloßen kommerziellen Dienstleistungen zu degradieren. Es ist unsere Aufgabe, geeignete Rahmenbedingungen für Kreative zu schaffen und für die soziale Absicherung von Künstlerinnen und Künstlern zu sorgen. Im Zeitalter von Web 2.0 muss es in der digitalen Welt durch ein ausgewogenes UrheberInnenvertragsrecht zu einem gerechten Ausgleich der Interessen von UrheberInnen, VerwerterInnen und NutzerInnen kommen.



NOTIZEN



Veränderung
möglich machen



Foto: Sibrawa

- (1) Nach dem Beschluss eines neuen Grundsatzprogramms hat die sozialdemokratische Bewegung einen zeitgemäßen Kompass zur politischen Orientierung zur Verfügung.** Wie bewahrt man nun diese Ideen vor einer Zukunft in verstaubten Schreibtischschubladen und Download-Ordnern? Wie verhelfen wir den Ideen und Forderungen dieses Textes zur Umsetzung? Indem wir unsere Vorstellung von politischer Aktivität erneuern!
- (2) Politik wird von vielen – und wurde viel zu lange – als etwas verstanden, das sich nur im Rahmen der Mächtigen, speziell jener, die mit Regierungsmacht ausgestattet sind, abspielt oder in Parteien, die sich gegen die Außenwelt auch ein wenig abschotten.** „Das Private ist politisch“ – die zweite Frauenbewegung hat mit diesem Slogan auf den Punkt gebracht, dass dieser ver-

meintlichen politischen Enge eine große Fülle an Handlungsfeldern gegenübersteht. Wenn alle Lebensbereiche politisch sind, gibt es demnach unzählige Möglichkeiten, Politik zu machen. Das bedeutet im Gegenzug, dass Überzeugungsarbeit an vielen Stellen gelingen muss, um etwas zu bewegen. Eine Regierungsbeteiligung, ja auch eine parlamentarische Mehrheit alleine reicht nicht aus, um gesellschaftlichen Fortschritt zu erkämpfen und abzusichern. Politik wird nicht einseitig vom Gesetzgeber verordnet, sondern muss in der Gesellschaft verankert sein, feste und zarte Wurzeln schlagen und immer neue Triebe wachsen lassen. Das erreichen wir durch Gespräche am Küchentisch oder in der Kantine, bei den nicht immer leichten Diskussionen auf Familienfeiern, bei BürgerInnenversammlungen, auf wissenschaftlichen Konferenzen oder eben durch das Engagement in der SPÖ. Fort-



schritt gibt es nur, wenn alle in ihren Lebenssituationen das Bestmögliche versuchen, ohne von den jeweils anderen zu verlangen, das Projekt Sozialdemokratie alleine zu tragen. Vom Regierungsmitglied bis zur sporadischen Aktivistin teilen wir die Verantwortung. Unser aller Aktivität ist gefordert, und auf keine ist verzichtbar. Die Breite ist unsere Stärke, vielfältige Politikstile sind deshalb nicht nur zulässig, sondern notwendig.

- (3) Eine starke Sozialdemokratie der Zukunft muss eine breite Allianz des Fortschritts sein, aus Parteistrukturen mit offenen Türen und zivilgesellschaftlichen Bewegungen und vielen engagierten Milieus, die alle Ähnliches wollen und gemeinsam an einem Strang ziehen.**

- (4) Ein Grundsatzprogramm ist eine Leitlinie, die die Werte verdeutlicht, die uns verbinden, die Grundsätze, die über den Tag hinaus gültig sind, und die von einem Menschenbild und einer Idee von Gesellschaft getragen sind.** Das Menschenbild der Sozialdemokratie sieht die Einzelnen nicht im Kampf jeder gegen jeden, sondern als Subjekte, die aus ihrem Leben etwas machen wollen, mit Rechten ausgestattet; es sieht den Mitmenschen nicht als gefährlichen Rivalen, sondern eher als Partnerin oder Partner. Wir können gut zusammen leben, wenn wir Umstände schaffen, die jeder und jedem die Möglichkeit zu einem guten Leben garantieren – das ist der weltanschauliche Kern, der uns von konservativen und rechtsradikalen Ideen unterscheidet, die letztendlich immer die Umwelt nur als Bedrohung und die Anderen nur als Feinde sehen – die meinen, der Mensch sei dem Menschen ein Wolf.

- (5) Ein Grundsatzprogramm ist somit getragen von einer Idee, die dann in der politischen Tätigkeit lebendig wird.** Tag für Tag, und bis in die Details des politischen Handelns hinein. Voraussetzung dafür ist unsere Offenheit in der Auseinandersetzung mit anderen Meinungen und Weltansichten. Die „reine Lehre“ ist zwar schön, aber meistens mit kleiner Gefolgschaft ausgestattet. Es muss uns gelingen, unsere Überzeugungen zu vertreten und sie an Leute zu vermitteln, die sie auf den ersten Blick nicht teilen. Das funktioniert nur durch ehrliches Interesse an anderen Sichtweisen und Weltbildern, die wir ernsthaft inhaltlich herausfordern.

- (6) Wir müssen uns aber auch herausfordern lassen.** Das bedingt natürlich die Möglichkeit, unsere eigenen Positionen anzupassen. Wir wollen den Leuten nicht nach dem Mund reden, aber auch nicht in unserer eigenen Weltsicht unberührt von anderen Meinungen verharren. Wirksam ist man demnach nicht im Austausch mit Gleichgesinnten, sondern mit allen anderen: Es gilt die Menschen durch politische Aktivität so anzusprechen und herauszufordern, dass Veränderung möglich wird.

